

Auflistung der Befehlshaber der deutschen Postanstalten seit 1800.

0. 1. 0. 0. 0.

1. Die Generalpostmeister des Königreichs Preußen von 1803 bis 1875 und die Generalpostdirektoren des Norddeutschen Bundes von 1867 bis 1875.
2. Die Staatssekretäre des Reichspostamtes des Deutschen Kaiserreiches (1876 bis 1919).
3. Die Reichsminister für das Postwesen der Weimarer Republik von 1919 bis 1933.
4. Die Reichsminister für das Postwesen im Nationalsozialismus von 1933 bis 1945.
5. Die Postminister der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1997.
 - a) Die Bundesminister für Angelegenheiten des Fernmeldewesens von 1949 bis 1950.
 - b) Die Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen von 1950 bis 1989.
 - c) Die Bundesminister für Post- und Telekommunikation von 1989 bis 1997.
6. Die Minister für Post- und Fernmeldewesen der DDR von 1949 bis 1990.

zu 1: **Friedrich Wilhelm von der Schulenburg-Kehnert.**

0. 1. 1. 0. 1.

Friedrich Wilhelm Graf von der Schulenburg-Kehnert wurde am 21. November 1742 zu Kehnert als Sohn des preußischen Offiziers und Herr auf Kehnert- Farsleben und Uetz Friedrich Wilhelm, Freiherr von der Schulenburg und dessen Ehefrau Juliane Luise Sophie, geborene von Sydow zu Kehnert geboren. Er besuchte das altstädtische Gymnasium in Brandenburg an der Havel und ab 1754 die Schule zur Kloster Berge bei Magdeburg, wechselte am 21. September 1757 auf die Ritterakademie Brandenburg und trat schließlich am 16. März 1760 als Kornett in das Kürassierregiment „von Manstein“ Nr. 7 ein. Als Adjutant des Regimentskommandeurs nahm er von 1761 bis 1763 am Siebenjährigen Krieg teil. Auf grund eines gelähmten Armes wurde er 1766 aus der Armee entlassen und 1770 als Nachfolger von Christoph Albrecht von Auer zum Präsidenten der Kriegs- und Domänenkammer Magdeburg bestätigt. Zugleich wurde er Präsident des Hauptbankdirektoriums. Ferner war er zuständig für das Bergwerk- und Hüttendepartement, das Forstwesen, die Lotterie, das Münzwesen, die Seehandlung und die Generaltabakadministration. Ab 1778 Kriegsminister und als solcher zuständig für die Mobilmachung der Armee. Friedrich Wilhelm II ernannte ihn 1791 zum Minister für auswärtige Angelegenheiten. Seiner Verdienste wegen wurde er am 25. März 1784 Ritter des Schwarzen Adlerordens und am 02. Oktober 1786 in den erblichen Adelsstand erhoben. Es folgte am 20. Mai 1798 die Ernennung zum General der Kavallerie und am 30. März die zum Generalpostmeister. Er heiratete erstmals am 22. August 1766 Ludowike Dorothea von Borstell (geb. 18. März 1746; gest. 14. Mai 1867. Aus dieser Ehe ging Tochter Luise Friederike Wilhelmine Johanne (geb. 10. Mai 1767; gest. 28. März 1847) hervor. Am 04. Juni 1768 heiratete er seine zweite Frau Charlotte Ottilie Philippine von Klitzing (geb. 23. Juni 1752; gest. 03. Januar 1772). Diese Ehe blieb kinderlos. Am 12. September 1773 heiratete er seine dritte Frau Helene Sophie Wilhelmine von Arnstedt (geb. 16. September 1755; gest. 10. Januar 1802). Aus dieser Ehe gingen folgende Kinder hervor: Werner Friedrich Achaz (geb. 07. April 1778; gest. 05. August 1804), Wilhelmine Helene Friederike (geb. 24. Januar 1775; gest. 18. April 1794) und Friederike Karoline Sophie (geb. 06. Mai 1779; gest. 21. Dezember 1832). Friedrich Wilhelm von der Schulenburg-Kehnert verstarb am 07. April 1815 in Kehnert.



0. 1. 1. 0. 2. zu 1: Johann Friedrich von Seegebarth.

Am 03. August 1747 erblickte Seegebarth in der Spandauer Straße 53 in Berlin das Licht der Welt. Sein Vater verstarb früh und seine Mutter ehelichte daraufhin den Kaufmann Werstler. Als Handlungsgehilfe trat der junge Seegebarth nach seinem Schulabschluß in das Geschäft seines Stiefvaters ein und erlangte hier Kenntnisse in Buchführung und Korrespondenz, die ihm in seiner späteren postalischen Karriere von Nutzen waren. Allmählich aber ging es mit dem Geschäft Werstler bergab, wodurch Seegebarth, kaum 20-jährig, sein väterliches Erbteil einbüßte. Für ein Jahresgehalt von 150 Taler fand er am 24. November 1767 eine Anstellung als „expendierender Secretär“ in der geheimen Staatskanzlei. Seiner außerordentlichen Arbeitsbereitschaft verdankte er einen raschen Aufstieg. Der Umstand, dass die Post seiner Zeit nicht über ausreichend qualifiziertes Personal verfügte, erleichterte Seegebarth am 06. August 1770 die Anstellung als Supernumerar (Beamtenanwärter) ins Sekretariat des General-Postamts. Hier avancierte er bereits zum 28. Mai 1771 zum expandierenden General-Postamts-Sekretär mit einem jährlichen Gehalt von 300 Talern. Seegebarth wurde betraut mit den Vorbereitungen zur geplanten neuen Postordnung und mit Regelungen bei der Einrichtung des preußischen Postwesens in den neu erworbenen ehemaligen polnischen Provinzen. Seine Durchsetzungsfähigkeit bei seinen Vorgesetzten und seine überzeugenden Vorschläge brachten ihm 1773 die Ernennung zum Postinspektor. Zugleich erhielt er den Titel eines Ober-Postdirektors. Seine Schaffung zweckmäßiger Postverbindungen, die Schlichtungen zwischen den Grenzpostanstalten Hollands und den Verwicklungen mit Russland wurden als herausragende Verdienste angesehen und deshalb wurde Seegebarth mit nur 28 Jahren am 09. September 1774 von Friedrich II. zum Hof- und Postrath ernannt. Als solcher schloß er Postverträge mit Lippe-Detmold, mit Braunschweig und der Provinz Seeland. 1777 schloß er ebenfalls einen Vertrag mit der Reichspostverwaltung von Thurn und Taxis. Als Kriegs- und Domainen-Ober-Rechnungs-Rath trat er 1776 vorübergehend für die Dauer von 4 Jahren als Mitglied in die preußische Ober-Rechnungskammer ein. 1779 richtete Seegebarth die General-Postamts-Kalculatur als spezielle Rechnungsbehörde, der er als Direktor vorstand, ein. 1782 trat zudem aus der anfangs der 70er Jahre von ihm geplanten neuen Postordnung am 26. November 1782 diese Postordnung als Postgesetz in Kraft. Mit der Thronbesteigung König Friedrich Wilhelm II. wurde Seegebarth 1786 zum „Geheimen Postrath“ ernannt. Wegen seines trotz dieser Titel relativ spärlichen Gehaltes bewarb sich Seegebarth 1789 um die Anwartschaft auf die Hofpostmeisterstelle in Berlin. Am 11. November 1791, nach dem Tode des Hofpostmeisters Scheele, übernahm er dessen Posten. Durch seinen weiteren unermüdlichen Einsatz erwarb er sich die Wertschätzung des Königs Friedrich Wilhelm III., dass dieser ihn bei seiner Thronbesteigung 1797 in den Adelsstand erhob. Als Mitglied des General-Direktoriums verbesserte er Posthalterei-Verhältnisse und bislang vernachlässigte Postinspektorate. Er gestaltete die Portoerhebung entfernungsabhängig und ließ die Poststraßen vermessen. Weitere Ideen ließen sich wegen fehlender finanzieller Mittel nicht umsetzen. Preußen übernahm unter Mitwirkung Seegebarths trotz heftiger Proteste seitens Thurn und Taxis mit sofortiger Wirkung das Postwesen. General-Postmeister Graf von Schulenberg-Kehnert in seiner Eigenschaft als Premierminister und Generalkontrolleur der Finanzen hielt eine neue Aufgabenverteilung für



unumgänglich und setzte beim König 1803 die Ernennung Seegebarths zum Direktor des General-Postamts durch. Am 23. Januar 1806 wurde Seegebarth zum Präsidenten des General-Postamts ernannt. Am 14. Oktober unterlag die Preußische Armee bei Jena Napoleon und bei Auerstedt Marshall Davout, worauf das Königspaar nach Küstrin, später weiter nach Königsberg und Memel floh. Aus Halberstadt erhielt Seegebarth am 16. Oktober 1806 die Anweisung sich mit der Generalpostkasse und den wichtigsten Verwaltungsakten nach Küstrin zu begeben. Mit vier Wagen und 20 Pferden brach er sofort auf und erreichte 1807 Memel. 1808 kehrte er wieder nach Berlin zurück und versuchte, das preußische Postwesen im Rahmen der politisch gegebenen Möglichkeiten zu reorganisieren. Noch im gleichen Jahr wurde er zum Nachfolger des Generalpostmeisters Graf von der Schulenburg-Kehnert berufen. 1821 trat er in den Ruhestand und verstarb am 15. Dezember 1823.

0. 1. 1. 0. 2.

zu 1: **Karl Ferdinand Friedrich von Nagler.**

Karl Ferdinand Friedrich von Nagler wurde am 22. Januar 1770 in Ansbach geboren. Er verstarb am 13. Juni 1846 in Berlin. Seine Eltern waren, Simon Friedrich Nagler, Hof-, Regierungs- und Justizrath (1728 - 1793) und Charlotta Juliana Catherina, geb. Cramer (1736 - 1815). Die Familie entsprang den fränkisch-brandenburgischen Fürstentümern. Nach einer guten Ausbildung, er studierte Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Erlangen und Göttingen, trat Nagler in den Staatsdienst des Markgrafen von Ansbach und Bayreuth ein. Hier wurde der dirigierende Minister Hardenberg auf ihn aufmerksam. Hardenberg vertraute Nagler und gab ihm den Posten als Assessor beim ersten Senat der Kriegs- und Domänenkammer zu Ansbach, doch schon bald darauf wurde Nagler unter dem von Hardenberg geleiteten Ministerium als Expedient der Verwaltung des fränkischen Departements ins Cabinetsministerium nach Berlin berufen. Als Hardenberg dann die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm wurde Nagler zum Rath (1804) ernannt. Die folgende Zeit war nicht leicht für Nagler, mußte er doch sein geliebtes Land, das Fürstenthum Ansbach, im Namen des preußischen Staates an die Franzosen übergeben. 1809 begleitete Nagler, er war inzwischen Vicegeneralpostmeister, Friedrich Wilhelm III auf seiner Reise nach St. Petersburg. Als Geheimer Staatsrath und Cabinetssekretär erledigte er die Privatcorrespondenz der Königin Luise. In der Zeit von 1811 bis 1821 war Nagler größtenteils auf Reisen, beschäftigte sich mit Studien der Kunst und schaffte wertvolle Holzschnitte, Kupferstiche und Gemälde. 1821 avancierte er zum Präsidenten des Generalpostamts und wurde nach dem Tode Hardenbergs im Jahre 1823 Generalpostmeister. Als solcher baute er das preußische Postwesen aus, vermehrte die Postcourse und sorgte für bequemere Reisewagen. Er steigerte die Effizienz des Postwesens durch Modernisierung der betriebs-, verwaltungs- und verkehrstechnischen Infrastruktur, verbesserte die Disziplin, die Qualifikation der Beamte erhöhte das Lohnniveau. 1821 gründete er das erste Postarchiv der Welt, das „Geheime Postarchiv“, das die Geschichte des Postwesens sowie die deutschen und ausländischen Postverhältnisse widerspiegeln sollte. Zwischen 1824 und 1835 vertrat er Preußen als Gesandter in Frankfurt/Main. 1836 wurde er noch zum Geheimen Staatsminister ernannt, das Amt des Generalpostmeisters jedoch gab er auf. Nagler starb am 13. Juni 1846.



0. 1. 1. 0. 3.

0. 1. 1. 0. 4. zu 1: Gottlob Heinrich Schmückert.

Gottlob Heinrich Schmückert wurde am 12. November 1790 in Greifenberg als Sohn des Knopfmachers Ernst Heinrich Jakob Schmückert (1763 - 1856) und Catharine Dorothee geb. Borcke (1764 - 1836) geboren. Er starb am 04. Februar 1862 in Berlin. Seine schulische und berufliche Ausbildung fand auf einfachem Niveau statt. Trotzdem fand er am 10. Juni als Protokollführer und Schreiber bei Landrat Struensee eine Anstellung im Staatsdienst. Als Freiwilliger ging er 1813 zu den Jägern des Kolberger Infanterieregiments und nahm an den Befreiungskriegen teil. Er arbeitete sich hoch zum Hauptmann und wurde in der Nähe von Breda 1814 schwer verwundet (Kniedurchschuß), so dass man ihm ein Bein amputieren mußte. Deshalb nahm er seinen Abschied beim Militär und wurde 1815 Postmeister in Bernau bei Berlin. Im August 1816 wurde Schmückert „Hilfsarbeiter“ im Collegium des General-Postamts, am 01. Oktober 1816 Geheimer Postrath. Eine große Anzahl von Vorträgen zeugt ebenso vom Arbeitseifer Schmückerts wie die unter seiner Mitwirkung geschlossenen Verträge mit Sachsen 1831, mit Bayern 1834 und 1850, mit Thurn & Taxis 1844, mit Braunschweig 1839, 1843 und 1849, mit Hannover 1825, mit Mecklenburg-Schwerin 1824, mit Mecklenburg-Strelitz 1853, mit Bremen 1823, mit Lübeck 1829, mit Österreich 1844, mit Rußland 1845 und 1851, mit Schweden 1830, 1847 und 1850, mit Dänemark 1841 und 1851 und mit den Niederlanden 1851, u. a., nicht zu vergessen den Deutsch-Österreichischen Postvereins-Vertrag 1850. Nachdem man ihn 1840 zum Geheimen Postrath berufen hatte, wurde er 1846 Direktor des General-Postamts. 1849 ging die oberste Leitung der Post auf den Handelsminister v. d. Heydt über und Stückert trat als General-Postdirektor an die Spitze der technischen Verwaltung. König Friedrich Wilhelm IV. schlug er die Einrichtung von Oberpostdirektionen vor. 1851 erfolgte unter seiner Leitung die Reformierung des Berliner Postwesens. In den letzten Jahren seines Wirkens hagelte es für ihn Auszeichnungen von Königen aus ganz Europa. Er war zudem Mitglied im Abgeordnetenhaus und im Staatsrath. Sein Tod am 04. Februar 1862 beendete sein arbeitsreiches Leben.



0. 1. 1. 0. 5. zu 1: Karl Ludwig Richard von Philipsborn.

Karl Ludwig Richard von Philipsborn, am 16. Juli 1818 in Schwedt geboren, trat, nachdem er das Joachimsthal'sche Gymnasium besucht hatte am 03. Dezember 1835 in den preußischen Postdienst als Postschreiber beim Hofpostamt in Berlin, später auch in Schlawa und Soldin ein. Nachdem er die vorgeschriebene Dienstprüfung am 12. Dezember 1838 mit Auszeichnung bestanden und durch vorzügliche Leistungen auch anderweitig für Aufmerksamkeit bei höher gestellten Vorgesetzten gesorgt hatte, wurde Philipsborn bereits im Dezember 1839 ins General-Postamt befohlen. Im Laufe seiner Verwendung in verschiedenen Büros der Zentral-Behörde erfolgte am 01. Februar 1842 seine Ernennung zum Postsekretär. Zwei Jahre später wurde er bereits mit der stellvertretenden Wahrnehmung von Inspektionsgeschäften beauftragt. Hierbei oblag es ihm unter Anderem



ein umfassendes Geschäftsregulativ für das Berliner Hofpostamt neu aufzustellen. Von der Bewältigung dieser Aufgabe war der damalige Chef der Verwaltung, der Geheime Staatsminister und General-Postmeister von Nagler dermaßen angetan, dass er Philipsborn wenige Monate darauf, im Dezember 1845 zum Geheimen expedierenden Sekretär im General-Postamt beförderte. Mit den Geschäften der Redaktion des vom 01. Oktober 1846 ab erschienenen Amtsblatt des Königlichen Postdepartements wurde Philipsborn zusammen mit einem anderen General-Postamtsbeamten beauftragt. Am 02. Oktober 1847 vollzog der General-Postmeister die Ernennung Philipsborn's zum Königlichen Postinspektor, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienste. Philipsborn erhielt den dritten der damaligen zehn Inspektionsbezirke und damit die Aufsicht über den Dienstbetrieb bei den wichtigsten Postämtern in Berlin und Hamburg. An den Arbeiten, der im Jahre 1849 unter Schmückert's Leitung eingesetzten Post-Organisationskommissions, die den Plan zu der später in so erfolgreicher Weise zur Ausführung gelangten Dezentralisierung der Verwaltung ausarbeitete, hatte Philipsborn großen Anteil. Der zum 01. Mai 1849 in Kraft getretene veränderte Expeditionsmodus und die Herausgabe einer sämtliche bisher verstreut gewesenen Bestimmungen über den Betriebsdienst zusammenfassenden Postdienstanweisung, welche namentlich in ihrer mustergültigen Regelung des Kassenwesens die Grundlage der späteren im Reichs-Postgebiet gültigen Allgemeinen Dienstanweisung für Post und Telegraphie bildete, dürfen als sein Werk bezeichnet werden. Auch die Einführung preußischer Speditionsbüros, der späteren Bahnposten, war Philipsborn wesentlich beteiligt.

Im Jahre 1849 erfolgte die Ernennung zum Geheimen Postrat und vortragenden Rat im General-Postamt, 1852 diejenige zum General-Postinspektor, 1859 zum Geheimen Ober-Postrat und 1862 schließlich, als Nachfolger Schmückert's, zum preußischen General-Postdirektor. 1865 wurde Philipsborn in den Adelsstand gehoben.

Hatte General-Postdirektor von Philipsborn schon während des Krieges gegen Österreich eine aufopfernde Tätigkeit bei der Einrichtung der Feldpostanstalten entfaltet, so traten anlässlich der Errungenschaften des Jahres 1866 Aufgaben an ihn heran, welche wiederum seine volle Arbeitskraft erforderten. In Folge der von dem damaligen Geheimen Ober-Postrat Stephan geführten Vertragsverhandlungen war das gesamte frühere Thurn- und Taxische Postwesen auch außerhalb der an Preußen gefallen Staaten und Gebiete in preußische Verwaltung übergegangen; zur gleichen Zeit galt es, die Postverhältnisse in den neuen Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover nach preußischen Grundsätzen umzugestalten. Der 01. Januar 1868 brachte mit der Aufnahme der Königlich-sächsischen, sowie der mecklenburgischen, braunschweigischen und oldenburgischen Landesposten in Bundesverwaltung neuen Gebiets- und Arbeitszuwachs. Mit den süddeutschen Staaten und mit Österreich-Ungarn mußten anderweitige Postverträge abgeschlossen und die Betriebsvorschriften für den Verkehr mit diesen Staaten auf Grundlage der neuen Verhältnisse umgeformt werden. Postzwang und Garantie, so wie die übrigen das Postwesen betreffenden Materie wurden durch Gesetz vom 02. November 1867 für den Gesamtumfang des Norddeutschen Bundes einheitlich geregelt, ebenso das Portofreiheitswesen durch Gesetz vom 05. Juni 1869. Von den sonstigen wichtigen Verkehrserleichterungen, welche sich unter Philipsborn's Verwaltungsführung vollzogen haben, sind besonders hervorzuheben die Einführung der Postanweisungen, dieses so unentbehrlich gewordene Mittel für die Versendung kleiner Geldbeträge, und die durch Gesetz vom 04. November 1867 erfolgte Festsetzung des Briefportosatzes von 1 Silbergroschen für alle Entfernungen im gesamten inneren Verkehr. Die Ausführung aller dieser , unter der allgemeinen Steigerung des

0. 1. 1. 0. 5. zu 1: Postverkehrs noch fortdauernd erweiternden Aufgaben hatte Philipsborn's Kräfte dermaßen in Anspruch genommen, dass die Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand es ihm im April 1870 für ratsam erscheinen ließ, um seine Entlassung aus dem Staatsdienst zu bitten, welche ihm unter Anerkennung seiner dem Vaterland geleisteten Dienste in ehrenvollster Weise zu Teil wurde. Er bekleidete hierauf noch einige Zeit die Stelle des Präsidenten der Preussischen Central-Bodenkredit-Gesellschaft. Aber die Nachwirkungen der früheren Anstrengungen blieben nicht aus, so dass er sich bald gänzlich von den Geschäften zurückziehen mußte. Es sollte ihm kein wohlverdienter ruhiger Lebensabend vergönnt sein, er verstarb am 04. Juli in Berlin.

0. 1. 1. 0. 6. zu 1: **Heinrich von Stephan.**

und Ernst Heinrich Wilhelm Stephan wurde am
zu2: 07. Januar 1831 in Stolp (Pommern) als 8. von 10 Kindern des Schneidermeisters, Stadtverordneten und Ratsherr Friedrich Stephan (1792-1860) und Marie Luise, geb. Doering geboren. Auf dem Stolper Gymnasium fiel Stephan durch seinen Eifer und seine außergewöhnliche Begabung auf. Vorzeitig legte er mit besten Noten seine Reifeprüfung ab. Über Privatunterricht erlernte er das Geige- und Klavierspielen. Sehr gute Leistungen erzielte er auch auf der am 20. Februar 1848 Lehrstelle bei der Stolpener Post. Versehen mit einem ausgezeichneten Zeugnis ging Stephan 1849 als Beamtenanwärter nach Marienburg. Ein Jahr später legte er erfolgreich die Postassistentenprüfung an der Oberpostdirektion in Danzig ab. Es folgte ab dem 2. Oktober 1850 die Ableistung eines einjährigen militärischen Dienstes beim Dritten Artillerieregiment Magdeburg. Nach einer anschließenden kurzen Anstellung im Berliner Generalpostamt wurde Stephan zur Oberpostdirektion Köln strafversetzt. Hier bearbeitete Stephan überseeischer Postrechnungen. 1855 absolvierte er die Prüfung zum höheren Postdienst und kehrte darauf in das Generalpostamt nach Berlin zurück. Zunächst beschäftigte er sich mit der Ausarbeitung eines einheitlichen Paketposttarifs für das Gebiet des Deutsch-Österreichischen Postvereins. Seine Vorschläge wurden uneingeschränkte auf der 1857 stattgefundenen Postkonferenz in München angenommen. Die Einführung einer von ihm vorgeschlagenen Poststenographie zur Beschleunigung des Annahme- und Abfertigungsdienstes hingegen konnte er auf der Postkonferenz nicht durchsetzen. Stephan, mittlerweile 27-jährig, der nun bereits 10 Jahre im Postdienst tätig war wurde 1858 Postrat in Potsdam, nach 5 weiteren Jahren Ober-Postrat und mit 34 Jahren Geheimer Postrat und vortragender Rat im Generalpostamt. Aus dieser Zeit ist bekannt, dass die Beförderungsmöglichkeiten der höheren Postlaufbahn sehr ungünstig waren. Trotzdem wurde Stephan mit 36 Jahren Geheimer Ober-Postrat und drei Jahre später, am 29. April 1870, tritt er als General-Postdirektor an die Spitze der Postverwaltung des Norddeutschen Bundes. Er verfaßte auch mehrere Bücher, darunter sein wohl umfangreichstes Werk „Die Geschichte der Preußischen Post von ihrem Ursprung bis auf die Gegenwart“, das er im September 1858 vollendete und das 1859 im Verlag der Königlichen Geheimen Oberhofbuchdruckerei erschienen ist. Aus dem gleichen Jahr kennen wir auch seine Schrift „Über die britische Portoreform - Rowland Hills von 1840" in der er die Einführung des britischen Einheitsportos unter Rowland Hill sehr begrüßt. Auch die 1868 erschiene „Denkschrift betreffend den allgemeinen Post-Congreß“, als Grundlage für einen internationalen Zusammenschluß im Postwesen soll



nicht unerwähnt bleiben. Stephans Reformwille stärkte sich zunehmend auf der Postkonferenz 1860 in Frankfurt, auf der ihm die organisatorischen Probleme durch die zersplitterten Kleinstaaten deutlich wurden. In der Folge erreichte er Verträge mit Belgien 1862, den Niederlanden 1863 und mit Spanien und Portugal 1864. Die von Stephan 1865 veröffentlichte Denkschrift zur Einführung der Postkarte wurde wegen der „unanständigen Form“ der Mitteilungen und der zu erwartenden Einnahmeausfällen zunächst vom amtierenden preußischen Generalpostmeister abgelehnt, fand jedoch im November auf der fünften Konferenz des Deutschen Postvereins in Karlsruhe Gehör. Stephan war in erster Ehe (16. Juli 1855) mit der Sängerin Anna Tomala aus Hannover (geb. 18. Oktober 1827 in Bonyhád, Ungarn - gestorben am 22. Mai 1862 in Berlin) verheiratet. In zweiter Ehe (Potsdam, 24. September 1863) war er mit Elisabeth, geb. Balde (geb. 13. August 1841 in Berlin, gest. 5. Februar 1926 in Berlin) verheiratet.

0. 1. 1. 0. 6.

Weitere Daten betreffend des Wirkens von Stephan:

- 1871 Aus dem Norddeutschen Bund geht die Reichspost hervor.
- 1872 Stephan wird in das Herrenhaus berufen.
Am 24. 08. 1872 richtet er eine Postsammlung ein, ab 1875 öffentlich.
- 1873 Von der Universität Halle wird ihm die Ehrendoktorwürde verliehen.
(30. Oktober 1873 für das Werk „Das heutige Aegypten“.)
- 1873 Entwurf zu einem internationalen Postvertrag.
- 1874 Am 09. Oktober beschließen die Delegierten von 22 Nationen in Bern, nachdem Stephan seine 14 Punkte seines Entwurfs dargelegt hatte, die Gründung eines allgemeinen Postvereins - des Weltpostvereins.
- 1874 Auf Stephans Initiative ging die Generalverfügung (30. Dezember 1874) der Deutschen Reichspostverwaltung zurück, betreffend der Beseitigung von Fremdwörtern im Postwesen.
- 1875 Ebenfalls auf die Initiative Stephans wird das Eisenbahngesetz am 20. 11. 1875, das die Rechtsverhältnisse zwischen Post und Eisenbahn regelt, verabschiedet.
- 1876 Stephan vereinigt den Reichstelegraph mit der Reichspost.
(Vom 01. 01. 1876 an: Reichspost- und Telegraphenverwaltung)
Stephan führt die Bezeichnung: Generalpostmeister im Rang eines Wirklichen Geheimen Rats und dem Prädikat Exzellenz.
- 1880 Ernennung Stephans zum Staatssekretär des Reichspostamtes.
(Stephan nun in den Reihen der höchsten Reichsbeamten.)
- 1885 Am 19. März wird Dr. Stephan in den erblichen Adelstand erhoben.
- 1893 Aus der öffentlichen Postsammlung wird das Reichspostmuseum.
- 1895 Verleihung des Ranges eines preußischen Staatsministers.
- 1897 Diabetes setzte Dr. Heinrich von Stephan, dem noch ein Bein amputiert werden mußte, 66-jährig, am 08. April 1897 seinem rastlosen Wirken ein Ende. Er starb im Reichs-Postamt, Leipzigerstraße 15.
Auf dem Dreifaltigkeitsfriedhof in Berlin-Kreuzberg fand er seine letzte Ruhe.

Grabstätte H. v. Stephans



0. 1. 2. 0. 1. zu 2: Viktor von Podbielski.

Victor Adolf Theophil von Podbielski wurde am 26. Februar 1844 in Fankfurt (Oder) als Sohn des späteren Generals der Kavallerie Theophil von Podbielski (1814-1879) und Agnes, geborene von Jagow (1823 - 1887) geboren.

Er heiratet auf Gut Buschow (Landkreis Westhavelland) Margarete von Twardowski (geb. 18. August 1869 in Hannover, gest. 7. Juni 1951 in Villingen).

Er besuchte zunächst das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Berlin und wechselte später auf die Kadettenanstalt. 1862 trat Podbielski in das 2. Brandenburgische Ulanen-Regiment

Nr. 11 der Preußischen Armee ein. Im Krieg gegen Frankreich 1870/71 diente er als Offizier im Generalstab des X. Armee-Korps. -von 1885 bis 1890 war er Kommandeur des Brandenburgischen Husaren-Regiments Nr. 3 (Zietensche Husaren) in Rathenow. Im Anschluß daran übernahm er die 34. Kavallerie-Brigade in Metz und avancierte zum Generalmajor.

Als er von seinem Vater das noble Gut Dallmin erbte, ließ er die gut erhaltene barocke Grundstruktur aus der Zeit um 1800 im Innern teilweise neu im historischen Stil dekorieren. Die Wirtschaftsgebäude indes ließ er neu massiv errichten. Ebenso förderte er in den umliegenden Kirchengemeinden Postlin und Strehlen die Kirchenumbauten. 1891 trat er aus dem aktiven Militärdienst aus, war Abgeordneter seines Heimat-Landkreises Westprignitz, wurde 1893 in den Reichstag gewählt und 1896 zum Generalleutnant befördert. Nach dem Tode Heinrich von Stephan wurde er am 01. Juli 1897 zum Leiter des Reichs-Postamts berufen und 1898 zum Wirklichen Geheimen Rat ernannt. Auch er machte sich mit neuerlichen Reformen des Postwesens verdient. Ihm zu Ehren wurde der von den Norddeutschen Seekabelwerken der 1900 in Dienst gestellte erste deutsche Kabelleger „Von Podbielski“ benannt. Im Mai 1901 wurde er preußischer Landwirtschaftsminister, trat jedoch im November 1906 wegen einer ihm angelasteten Bestechungsaffäre von seinem Posten zurück. Sein weiterer Wertegang interessiert in diesem Zusammenhang nicht, da Podbielski nur bis zum 06. Mai 1906 der Reichspost vorstand.



0. 1. 2. 0. 2. zu 2: Reinhold Kraetke.

Reinhold Kraetke wurde am 11. Oktober 1845 in Berlin als Sohn des Musikinstrumentenmachers Carl Wilhelm Kraetke und Henriette Charlotte Wilhelmine, geborene Görner, geboren. Nach seiner Schulausbildung an der Königstädtischen Realschule trat er 1864 als Eleve in den preußischen Staatsdienst ein. Nachdem er 1873 die „Große Staatsprüfung“ erfolgreich abgelegt hatte, wurde er kurze Zeit später in das Generalpostamt nach Berlin berufen. 1874 wurde er zum Postinspektor befördert und versah seinen Dienst fortan in den Oberpostdirektionen Berlin und Düsseldorf. Im Auftrag der Postverwaltung unternahm er 1879 eine längere Studienreise in die USA. Wieder zurück in Deutschland wurde er 1881 als



Posttrat ins Reichspostamt versetzt, wurde 1883 zum Vortragenden Rat.

Kraetke wurde 1882 zum Postrat, 1884 zum Geheimen Postrat. Während seiner Zeit im Reichspostamt beschäftigte er sich mit der Einrichtung der Reichspostdampfer-Linien und dem Kolonialpostdienst. Auf Anregung des Generalpostmeisters von Stephan in der Zeit vom 1. März 1888 bis 31. Oktober 1889 in Deutsch-Neuguinea als Landeshauptmann. Große Verdienste erwarb er sich hier zum Einen um die Organisation der Landesverwaltung, zum Anderen um die wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes. Während seines Aufenthaltes in Deutsch-Neuguinea war Kraetke in seiner Stellung als Geheimer Oberpostrat beurlaubt. Zu erwähnen bleibt noch, daß er ausschließlich durch seinen Einsatz im Schutzgebiet bis in die obersten Ämter des Reiches vortrat. 1890 nahm er seine Arbeit im Reichspostamt wieder auf, wurde 1897 Direktor der 1. Abteilung und am 4. Mai 1901 Staatssekretär des Reichspostamts. In den folgenden Jahren paßte er das Post- und Fernmeldewesen den gestiegenen Erfordernissen der Zeit an und führte die Deutsche Reichspost zur fortschrittlichsten Postverwaltung der Welt. (Vereinheitlichung des deutschen Postwesens durch vertragliche Vereinbarung ab dem 1. April 1902 bezüglich einheitlicher Briefmarken für das Reichsgebiet und Württemberg). Am 3. Oktober 1906 eröffnete er die Weltfunkkonferenz im Berliner Reichstag. Ihm gelang 1909 die Einführung des erstrebten Postscheckverkehrs (etwas, was Stephan nicht gelang). Unter seiner Regie wurde mit der Auslegung des Rheinlandkabels, dem ersten Fernkabel von Berlin bis Köln begonnen. Auch die Funkerei lag ihm, wie wir schon vorher gelesen haben, am Herzen, ebenso der Ausbau des deutschen Postwesens in den Kolonien und im Ausland. Die deutschen Postämter im Ausland wurden Musterämter, deren Personal er selbst auswählte. 1911 wurde Kraetke Mitglied des Preußischen Herrenhauses. Auch die Einführung des Postkraftwagens für die Personenbeförderung (Kraftpost), die Benutzung von Luftschiffen und Flugschiffen für die Postbeförderung, die Einführung des Postprotestverfahrens, der Postausweiskarte, des Postkreditbriefes (Postreisescheck) und die Einführung der automatischen Vermittlungstechnik fallen in seine Amtszeit. Am 8. August 1917 trat er in den wohlverdienten Ruhestand.

0. 1. 2. 0. 2.

zu 2: **Otto Rüdlin.**

Otto Rüdlin wurde am 11. Februar 1861 in Woldenberg (Neumark) geboren. Nach dem Abitur am Joachimstalchen Gymnasium studierte er Rechte in Berlin und wurde Mitglied der Studentenverbindung „Landmannschaft Marchia“. 1883 bestand er die Referendarprüfung. 1888 wurde er Gerichtsassessor. Rüdlin wechselte als Regierungsassessor in die staatliche preußische Eisenbahnverwaltung und erhielt 1896 die Beförderung zum Regierungsrat. 1904 wechselte er in das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dem auch das Eisenbahnwesen unterstand. Es folgte die Ernennung zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat. 1908 folgte der Aufstieg zum Geheimen Oberregierungsrat und 1910 die Ernennung zum Präsidenten der Eisenbahndirektion Berlin. Während des 1. Weltkrieges oblag ihm die Oberbetriebsleitung Ost. Am 08. Februar, nach dem Ausscheiden Kraetke, trat er dann das Amt des Staatssekretärs des Reichspostamtes an, das er bis zum 19. Januar 1919 inne hatte. An diesem Tag fand die Wahl zur Nationalversammlung statt und Rüdlin schied aus dem Dienst der Reichspost aus und wurde Vorsitzender im Verwaltungsrat des Stickstoffsyndikats. Er starb am 03. Februar 1928 in Berlin.



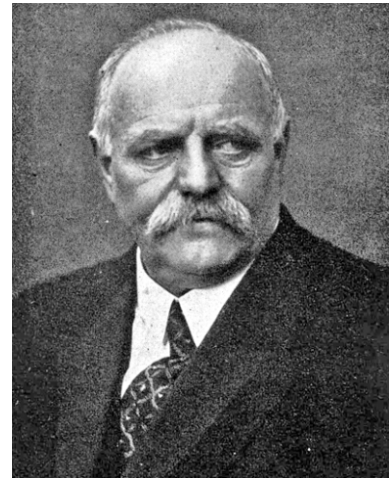
0. 1. 2. 0. 3.

0. 1. 3. 0. 1. zu 3: Johannes Giesberts.

Johannes Giesberts, auch nur Johann genannt, wurde am 03. Februar 1865 als Sohn eines Bäckers in Straelen geboren. Er besuchte die Volksschule und mußte die anschließend begangene Lehre zum Bäcker aus familiären Gründen abbrechen. Anschließend arbeitete er bis 1899 als Arbeiter. 1893 schloß er sich der katholischen Arbeiterbewegung an. Zu der Zeit allerdings arbeitete es bereits als Redakteur für die Westdeutsche Arbeiterzeitung in München-Gladbach. Ab und zu schrieb er auch für das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften. Giesberts war auch Mitglied der Zentrumsparlei. Von 1906 bis 1918 war er Ratsmitglied der Stadt München-Gladbach und gehörte von 1905 bis 1918 dem Reichstag an. Von 1906 bis 1918 war er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. 1919/20, zur Zeit der Weimarer Republik gehörte er der Weimarer Nationalversammlung an. Am 01. Januar 1918 berief man ihn in den sozialpolitischen Beirat ins Reichswirtschaftsamt und nach der Bildung des Reichsarbeitsministeriums im Oktober 1918 wurde er zum Staatssekretär ernannt. Im Kabinett des Reichskanzlers Philipp Scheidemanns wurde am 13. Februar 1919 in Weimar die Ressors vergeben, Giesberts wurde Reichspostminister. Unter der Führung von Ulrich von Brockdorff-Rantzau gehört er weiterhin der deutschen Delegation auf der Friedenskonferenz 1919 an. Während seiner kurzen Amtszeit als Reichspostminister (sie endete am 14. November 1922, war auch er mit der Aufgabe der Reorganisation seiner der Kommunikation verpflichteten Behörde betraut. Immer wieder keimte der Wunsch nach der Privatisierung des Post- und Fernmeldewesens auf, aber diesem Bestreben wurde seitens des Reichspostministeriums eine klare Absage erteilt. Ebenso einer Denkschrift Giesberts, gerichtet an den Reichstag, aus dem Jahre 1922, in der er folgendes zum Ausdruck bringt. - Zitat:

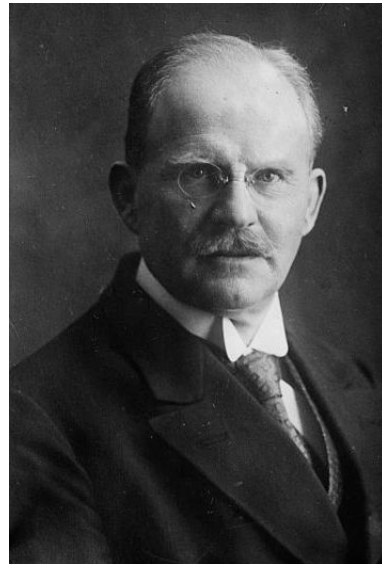
„Es steht außer Frage, daß ein nichtstaatlicher Post- und Telegraphenbetrieb weder in der räumlichen Ausdehnung der Verkehrseinrichtungen, noch auch in der Bewirtschaftung der einzelnen Zweige des Versendungs- und Nachrichtenverkehrs den Zwecken der Allgemeinheit in dem Maße gerecht würde wie der unmittelbare Betrieb durch das Reich, auch wenn sich dieses eine weitgehende Beaufsichtigung und Einwirkung vorbehielte. Ein auf privatwirtschaftliche Grundsätze gestelltes Unternehmen würde dauernd große Zubußen nicht auf sich nehmen, die die Unterhaltung unwirtschaftlicher Einrichtungen, beispielsweise in verkehrsschwachen Gegenden, dem Reichsbetrieb auferlegt. (. . . .). Aber auch in gewöhnlichen Zeiten bietet der Eigenbetrieb des Reichs für die Wahrung der öffentlichen Interessen, wie sie namentlich in der Vermittlung des amtlichen Nachrichtenverkehrs, in der Regelung der stetigen Dienstbereitschaft, im Brief-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis gegeben ist, eine viel stärkere Gewähr als der nichtstaatliche Betrieb.“

Giesberts starb am 07. August 1938 in München-Gladbach.



zu 3: **Karl Stingl.**

Karl Stingl wurde am 29. Juli 1864 in Mitterteich, Hausnummer 214 in der Oberpfalz geboren. Nach Beendigung seiner Schulzeit nahm er das Studium an der Technischen Universität München auf, das er als Diplom-Ingenieur abschloß. Während seiner Studienzeit wurde er Mitglied der Burschenschaft „Cimbria“ in München. 1885 trat er in die bayrische Post- und Telegraphenverwaltung ein, war ab 1904 im bayrischen Verkehrsministerium tätig und wurde 1910 zum Oberpostdirektor in Landshut ernannt. 1919 wurde er Ministerialdirektor im bayrischen Verkehrsministerium. 1920 zum Staatssekretär befördert wurde er Leiter der Abteilung München im Reichspostministerium. Unter seiner Amtszeit fand die Inbetriebnahme des ersten automatischen Fernamtes mit Zeit- und Zonenählung in Weilheim sowie die Fertigstellung des automatischen Betriebs der seinerzeit größten Selbstwählanlage Europas, in München, statt. Stingl hatte den Posten des Reichspostministers zum einen vom 22. November 1922 bis zum 12. August 1923 und erneut vom 15. Januar 1925 bis zum 28. Januar 1927 inne. In diesen Zeiten diente er unter den drei Reichskanzler Wilhelm Cuno (22. November 1922 bis 12. August 1923), Hans Luther (20. Januar 1925 bis 18. Mai 1926) und Wilhelm Marx (1923/24 und 1926/28). Während der zweiten Amtszeit setzte sich Stingl für eine wirtschaftliche Betriebsführung der Deutschen Reichspost ein. Für sein den technischen Fortschritt betreffend besonderes Engagement ernannte ihn die Technische Hochschule München im Jahre 1925 ehrenhalber zum Doktor der technischen Wissenschaften. Stingl war Mitglied in der Bayerischen Volkspartei, der BVP, deren Kritik an seiner Person immer größer wurde und die damit das Ende seiner politischen Karriere einläutete. In der folgenden Zeit war er noch in Aufsichtsräten verschiedener Firmen tätig, bevor er am 9. November 1936 in München verstarb.



0. 1. 3. 0. 2.

zu 3: **Anton Höfle.**

Anton Höfle wurde am 19. Oktober 1882 in Otterbach (Pfalz) geboren. Nach seiner Schulzeit besuchte er das Humanistische Gymnasium in Kaiserslautern. Anschließend studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in München und Erlangen. Während der Studienzeit in München trat er in die katholische Studentenverbindung KDStV Aenania München ein und war ab 1903 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Handels- und Gewerbekammer München. Sein Studium beendete er 1907 mit dem ersten juristischen Staatsexamen und mit der Promotion zum Dr. phil. Als Referent für Mittelstands-, Angestellten- und Beamtenfragen bei der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Gladbach war Höfle von 1908 bis 1914 beschäftigt und war anschließend von 1914 bis 1919 Direktor des Deutschen Technikerverbandes bevor er Direktor des Gesamtverbandes Deutscher Gewerkschaften wurde. Als Mitglied der Zentrumspartei wurde er im Juni 1920 erstmals in den Reichstag gewählt und vertrat im Parla-



0. 1. 3. 0. 3.

0. 1. 3. 0. 3.

ment die Wahlkreise Thüringen und Westfalen-Nord. Reichskanzler Gustav Stresemann berief ihn am 13. August 1923 als Reichspostminister an die Regierung, der er auch unter dem folgenden Reichskanzler Wilhelm Marx angehörte. Zusätzlich übernahm Höfle am 30. November 1923 noch die kommissarische Leitung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete. Der Umstand, daß Höfle während seiner Amtszeit als Reichsminister, ohne zuvor erfolgte hinreichende Deckung, den Gebrüdern Barmat einen Kredit in Höhe von 34,6 Millionen Goldmark gewährte und diese nicht in der Lage waren, den Kredit zurückzuzahlen, führte dazu, daß Höfle sich zunehmend in der Kritik der oppositionellen Reichstagsfraktion sah (Barmat-Skandal). Deshalb trat er am 15. Januar 1925 als Reichsminister zurück, legte am 09. Februar 1925 sein Reichstagsmandat nieder und wurde in Untersuchungshaft genommen, an deren Folgen er letztendlich am 20. April 1925 in Berlin vermutlich an einer Überdosis Schlafmittel verstarb. Daraufhin richtete der preußische Landtag einen Untersuchungsausschuß ein, um die Todesumstände genauer aufzuklären. Der berühmte, aus Berlin stammende Verteidiger Max Alsberg erhob in einem viel beachteten Vortrag harte Vorwürfe gegen die Justiz und die Behandlung Höfles in der Untersuchungshaft und löste damit eine öffentliche Diskussion über die Zustände in der Untersuchungshaft aus, die daraufhin reformiert wurde.

0. 1. 3. 0. 4. zu 3: Georg Schätzel.

Georg Schätzel wurde am 13. Mai 1874 als Sohn eines Landwirts in Höchstädt an der Aisch geboren, besuchte das Gymnasium in Bamberg und studierte Rechtswissenschaft in München von 1891 bis 1895. Von 1895 ab war er Referendar und bestand 1898 den sogenannten Staatskonkurs (die Assessorenprüfung). Nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt trat er am 20. Juli 1899 in den höheren bayrischen Postdienst ein. Von 1900 ab war er bei der Generaldirektion der Posten und Telegraphen, von 1904 ab im bayrischen Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten tätig und wurde 1906 zum Postrat ernannt. Sein Name ist mit der Einführung und dem Aufbau des Kraft-

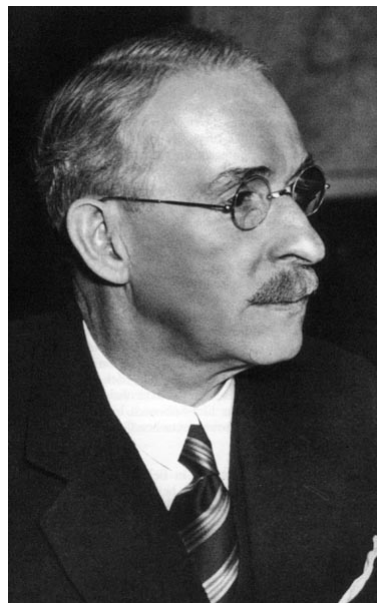


fahrwesens in der bayrischen Postverwaltung eng verbunden. Dann wurde er zum Oberpostrat befördert. Zwischen 1910 und 1919 war er Oberpostdirektor der Oberpostdirektion Landshut. Als erster trat er schriftstellerisch auf dem Gebiet des Motorwesens im öffentlichen Dienst hervor. Im Jahre 1919 wurde Dr. Schätzel, inzwischen Oberregierungsrat, zum Ministerialrat befördert. Nach der Vereinigung des bayrischen Post- und Telegraphenwesens mit der Reichspost (1920) folgte am 01. Januar 1923 seine Ernennung zum Staatssekretär im Reichspostministerium, dem die Abteilung München dieses Ministeriums unterstellt war. Reichsminister Dr. Schätzel zählte als Vertreter der Bayerischen Volkspartei zu den prominenten Politikern jener Zeit. Vom 22. 11. 1922 bis zum 29. 01. 1927 war er Staatssekretär im Reichspost-Ministerium und Leiter der Abteilung München, bevor er am 29. 01. 1927 zum Reichspostminister berufen wurde. Von Februar bis April 1929 leitete er zusätzlich kommissarisch das Reichsministerium für Verkehr. Aus Altersgründen trat Schätzel am 30. Mai 1932 als Reichs-Postminister zurück. Er starb am 27. 11. 1934 in München.

zu 3: **Peter Paul von Eltz-Rübenach.**

u. 4: Peter Paul von Eltz-Rübenach wurde am 09. Februar 1875 als Sohn des Fideikommissbesitzers (Bewirtschafter fremden Grund und Bodens) und Rittmeisters a. D. Paul Freiherr von Eltz-Rübenach und Hugoline, geborene Gräfin von Eltz in Wahn geboren. Er besuchte das Humanistische Gymnasium in Siegburg, wo er 1894 sein Abitur ablegte, und studierte anschließend an den Technischen Hochschulen in Aachen und Berlin-Charlottenburg Maschinenbau. Es folgte ein einjähriges technisches Praktikum in den Werkstätten des Eisenbahndirektionsbezirks Köln und seine 1903 begonnene Ausbildung zum Regierungsbauführer bei der Eisenbahndirektion Münster. 1909 wechselte er ins Eisenbahnzentralamt Berlin. Von 1911 bis 1914 war er als technischer Sachverständiger am deutschen Generalkonsulat in New York tätig. Während des 1. Weltkrieges diente er bei den Eisenbahntruppen und reorganisierte die bulgarischen Eisenbahnen auf dem Balkan. Ab 1917 war er für das Feldeisenbahnwesen tätig. Auf die Mitarbeit im Eisenbahn- und Transportwesen nach dem Krieg wurde er im Juli 1924 zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe ernannt. Franz von Papen ernannte ihn dann am 01. Juni 1932 zum Verkehrs- und Postminister. Dieses Amt behielt er auch während der Regierung Kurt von Schleichers und nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Die innere Distanz zur NSDAP wahrte von Eltz-Rübenach wegen seiner katholischen Prägung. Trotzdem nahm er an antisemitischen Maßnahmen der NS-Regierung teil. Im Mai 1933 versuchte er im Einklang mit der nationalsozialistischen Politik Juden aus einflußreichen Positionen in der Wirtschaft, wie z. B. den jüdischen Bankier Max Warburg aus dem Aufsichtsrat der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft zu entfernen. Dies aber gelang ihm nicht, weil die Reichsbank dagegen opponierte. Sie sorgte sich um den guten internationalen Ruf Deutschlands. Am 30. Januar 1937 kündigte Adolf Hitler in einer Kabinettsitzung die Unterstellung der Reichsbahn unter die Hoheit des Deutschen Reichs an. In gleicher Sitzung wollte Hitler allen bis dahin parteilosen Kabinettsmitgliedern das goldene Parteiabzeichen der NSDAP verleihen. Einzig Eltz-Rübenach akzeptierte diese Verleihung nicht widerspruchsfrei wegen Übergriffen der Nationalsozialisten auf die römisch-katholische Kirche. Es kam zum Eklat, den Hitler als Affront wertete, darauf die Sitzung verließ und Eltz-Rübenach seinen Rücktritt nahelegte, so wurde er bereits am 2. Februar von Julius Dorpmüller als Reichsverkehrs- und Wilhelm Ohnesorge als Reichspostminister abgelöst, wurde später rigoros von der Gestapo überwacht und ihm für kurze Zeit, nachdem seine Frau das Mutterkreuz abgelehnt hatte, die Pension gestrichen. Von Eltz-Rübenach war verheiratet mit Marion von Hutier (1893 - 1980), der Tochter des preußischen Generals Oskar von Hutier. Aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor.

Peter Paul von Eltz-Rübenach starb am 25. August 1943 in Linz am Rhein und wurde in der Familiengruft der Grabkapelle zu Schloß Wahn beigesetzt.



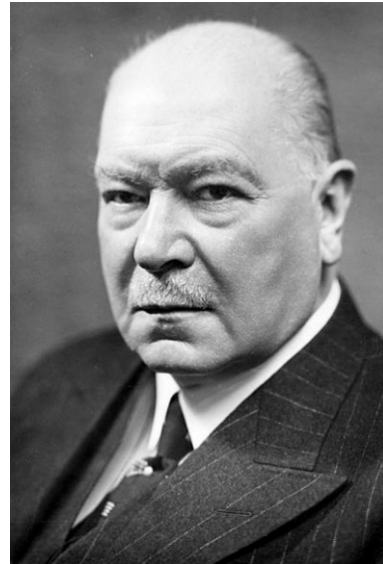
0. 1. 4. 0. 1. zu 4: Karl Wilhelm Ohnesorge.

Karl Wilhelm Ohnesorge wurde am 08. Juni 1872 in Gräfenhainichen bei Bitterfeld geboren. Nach der Schule trat er als Eleve in den Postdienst bei der Oberpostdirektion Frankfurt/Main ein, nahm dann ein Studium der Mathematik und Physik in Heidelberg auf. Nach Abschluß des Studiums kam er 1902 zur Oberpostdirektion Berlin. Mit Beginn des 1. Weltkrieges wurde Ohnesorge für die Heerespostverwaltung verpflichtet und übernahm 1915 die Leitung der Telegraphen-Direktion des „Großen Hauptquartiers“. Ohnesorge gelang in dieser Zeit die erste transkontinentale Verbindung von Frankreich nach Konstantinopel, wobei für deren Einrichtung seine Erfindung der Vierdraht-Schaltung zwingend notwendig war und deshalb auch als Grundlage diente. Nach Beendigung des 1. Weltkrieges übertrug man ihm die Leitung der Oberpostdirektion Dortmund, die er bis 1924 inne hatte. 1920 gründete und leitete er in Dortmund die erste NSDAP Ortsgruppe außerhalb Bayerns. Adolf Hitler lernte er ebenfalls 1920 kennen und bezeichnete sich als „Hitlers persönlicher Freund“. Aufgrund seiner fachlichen Qualifikation wurde Ohnesorge trotz seiner eindeutigen politischen Stellungnahme wieder 1924 zur Oberpostdirektion Berlin berufen, dort bekleidete er bis 1929 eine administrative Position bei der Berliner Hauptpost. 1929 wurde er Direktor des Reichspostamtes, am 01. März 1933 Staatssekretär im Postministerium und am 02. Februar 1937 Reichspostminister. Ohnesorge zeichnet auch verantwortlich für die Gründung der Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost am 01. Januar 1937 auf dem Seeberg in Kleinmachnow südlich von Berlin. Hier entstand in wenigen Jahren ein streng abgeschirmter Gebäudekomplex, in dem die Erforschung von technischen Problemen im Post- und Fernmeldewesen betrieben werden sollte. Gegenüber anderen Institutionen der Deutschen Reichspost genoß sie eine Vormachtstellung. Die Reichspostforschungsanstalt (RPF) durfte jederzeit Informationen und Auskünfte beim Reichspostzentralamt (RPZ) und den Reichspostdirektionen (RPD) einholen, sowie nach Genehmigung durch das Reichspostministerium (RPM) sich auch an der Betriebsführung und an Aufbauarbeiten der Deutschen Reichspost beteiligen. Es sollte auf den Gebieten der Physik, der Optik und der Akustik vorwiegend gearbeitet werden. Betriebsfragen der Fernmeldetechnik sollten weiterhin vom RPZ bearbeitet werden. Später wurde das Forschungsgebiet der RPF um die Bereiche Elektronik, Chemie und Atomphysik erweitert. Im Rahmen des „Vierjahresplanes“ jedoch wurde die RPF mehr und mehr in Aufgaben der Rüstung und Kriegswirtschaft mit einbezogen. Mit dem 2. Weltkrieg gab es wieder eine Erweiterung des Forschungsprogramms. Erfolglos trat Ohnesorge für den Bau einer Deutschen Atombombe ein. Dem „Grail-Bericht“ zu Folge arbeitete die RPF bei Ende des 2. Weltkrieges auf rund 50 Sachgebieten, sie war zu einem „getarnten Rüstungsunternehmen“ ausgebaut worden und fast ausschließlich den steigenden Bedürfnissen der operativen Kriegsführung untergeordnet. Nach dem Krieg verblieben als einzige Sachbereiche das Patentwesen (insgesamt vier Sachbereiche) und die Bücherei (Abteilung II) bei der DPF, die anderen Abteilungen und Sachgebiete wurden im ganzen Deutschen Reich verteilt. Wilhelm Ohnesorge wurde in Haft genommen und 1948 von mehreren bayrischen Strafkammern als „Haupttäter“ eingestuft, seine Vermögenswerte einbehalten. Er starb am 1. Februar 1962 in München.



zu 4: **Julius Dormmüller.**

Julius Heinrich Dormmüller wurde am 24. Juli 1869 in Elberfeld (Wuppertal) als Sohn des Eisenbahningenieurs Heinrich Dormmüller (1841-1918) und Anna Maria, geb. Raulff (1839-1890) geboren. Er besuchte die Schule in Gladbach und anschließend das Kaiser-Karl-Gymnasium in Aachen. An der Technischen Hochschule in Aachen studierte er Eisenbahn- und Straßenbau und trat dem 1871 gegründeten „Corps Delta“ im „Weinheimer Senioren Convent (WSC)“ bei. Seine erste Hauptprüfung legte Dormmüller am 25. November 1893 mit der Note „Gut“ ab. Als Regierungsbauführer leistete er seinen Vorbereitungsdienst bei mehreren Ämtern und Inspektionen der Eisenbahndirektion Köln ab. Beim 5. Westfälischen Infanterieregiment Nr. 53 leistete er seinen Militärdienst als „Einjähriger-Freiwilliger“ ab. Nach der Abschlußprüfung 1898 wurde er von der Eisenbahndirektion Saarbrücken als Regierungsbaumeister übernommen und 1904 planmäßig angestellt. 1907 ließ er sich aus dem Staatseisenbahndienst beurlauben, trat in die Dienste der Schantungbahn in China ein und leitete deren technisches Büro. 1908 wechselte er als Chefingenieur für den deutschen Teil der kaiserlich-chinesischen Staatseisenbahn Tsientsin-Pukow bei Nanking. Er war zuständig für den 700 km langen Nordabschnitt, nach dessen Bauende übernahm er die Betriebsleitung (1912) der ganzen Strecke. Durch die Kriegserklärung Chinas an die Mittelmächte am 14. März 1917 wurde er im August des gleichen Jahres entlassen. Um sich der drohenden Internierung zu entziehen, flüchtete er als Missionar verkleidet auf abenteuerliche Weise über die Mandschurei, Sibirien und Südrußland nach Deutschland, wo er sich in Berlin wieder zum Dienst meldete. Er wurde am 25. Mai 1918 zur Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen einberufen und als Leutnant einem Stützpunkt in Kospoli zugewiesen. 1920 wechselte er in den Dienst der Deutschen Reichsbahn, wo er rasch aufstieg und zu Vorarbeiten und Beratungen für den „Dawes-Plan“ herangezogen wurde. Ein Jahr nach der Gründung der Deutschen Eisenbahngesellschaft (1925) wurde er der Stellvertreter des Generaldirektors Rudolf Oeser, nach dessen Tod im Jahre 1926 sein Nachfolger. Nach der Machtübernahme Adolf Hitlers 1933 behielt er trotz anfänglicher vehemente Kritik von SA- und NSDAP-Mitgliedern seinen Posten. Dormmüller konnte die innere Autonomie der Reichsbahn vor Eingriffen durch Parteinstanzen bewahren, setzte aber dafür die nationalsozialistische Aufrüstungs- und Rassenpolitik in der Reichsbahn um. Ebenso sorgte er für den Bau von Autobahnen durch die Reichsbahn. In Personalunion war er ab 1937 zudem Reichsverkehrsminister. In den folgenden Jahren litt Dormmüller vielfach unter ihm nicht wohlgesonnenen Nationalsozialisten, die ihm die Einstellung von Juden in den Eisenbahndienst vorhielten und an seiner politischen Gesinnung zweifelten. Trotz allem aber blieb er wegen der Umsetzung der nationalsozialistischen Politik im Amt. Als Hitler 1939 seinen 50. Geburtstag feierte, wie schon seit 1933 üblich, versicherte ihm Dormmüller auch wieder wie jedes Jahr seine unbedingt Treue ihm gegenüber und der Gefolgschaft der Reichsbahn. Julius Dormmüller musste sich bereits anfang des Jahres 1945 aufgrund seiner Krebserkrankung erneut einer Operation unterziehen, die er von Ferdinand Sauerbruch an der Charité in Berlin durchführen ließ, und erholte sich recht gut davon, sodaß er die Leitung seines Ministeriums wieder übernehmen konnte.



0. 1. 4. 0. 2.

0. 1. 4. 0. 2. zu 4: Wie viele andere Mitglieder der Reichsregierung verließ Dormmüller im April 1945 kurz vor der Einschließung durch die Rote Armee Berlin und begab sich mit seiner Schwester und einem Stab nach Schleswig-Holstein. Hitler hatte es versäumt, in seinem politischen Testament einen Verkehrsminister zu benennen, und so wurde Dormmüller am 02. Mai 1945 Reichsverkehrs- und Postminister.

Nach Kriegsende sah es Dormmüller als möglich an, das am Boden liegende Verkehrswesen in Deutschland binnen sechs Wochen wieder aufbauen zu können, wenn ihm keiner herein reden würde. Um einer Verhaftung zu entgehen, flüchteten er und einige seiner Mitarbeiter am 23. Mai 1945 mit dem Flugzeug nach Le Chesnay bei Paris. Am 13. Juni 1945 kehrte er wieder nach Malente zurück und bereitete den Umzug nach Frankfurt vor. Allerdings mußte er sich einer weiteren Operation am 13. Juni 1945 unterziehen, von der er sich nicht wieder erholte. Dormmüller verstarb am 05. Juli 1945 und wurde auf dem Friedhof von Malente beigesetzt.

0. 1. 5. 0. 1. zu 5: Hans Schubert.

Hans Schubert wurde am 05. April 1897 in Schwabach in Mittelfranken geboren. Nach Abschluß der Oberrealschule wurde er Soldat im 1. Weltkrieg. 1915 kehrte er schwer verwundet und beinamputiert nach Hause zurück und begann nach seiner Entlassung aus dem Lazarett ein Studium der Elektrotechnik und des Maschinenbaus an der TH München. Als Ingenieur fand er bei der Deutsche Werke AG in Dachau Arbeit. 1926 wechselte er als Diplom-Ingenieur zum Telegraphentechnischen Reichsamt in München. In den folgenden Jahren war er auf dem Gebiet der Fernmeldetechnik bei den Reichspostdirektionen in Dortmund, München und Karlsruhe tätig.



An der TH in Karlsruhe war er auch als Dozent beschäftigt. 1931 erfolgte die Ernennung zum Postassessor, 1933 die zum Postrat. Schließlich wurde er 1934 zwangsversetzt zum Reichspostzentralamt in Berlin, da er dem Nationalsozialismus als überzeugter Katholik ablehnend gegenüber stand. Auch wurde er 1934 aus seiner leitenden Stellung entfernt und nicht mehr befördert. Seinen Lehrauftrag in Karlsruhe mußte er aufgeben. Seit 1937 war er bei der Reichspostdirektion Landshut und ab 1943 bei der Reichspostzentraldirektion in München tätig. Nach Kriegsende wurde er (1945) zum Stellvertretenden Präsidenten der Oberpostdirektion München ernannt und im Oktober 1945 zum Präsidenten der zum Präsidenten der Postdirektion Regensburg. 1947 erfolgte dann seine Ernennung zum Präsidenten der Oberpostdirektion München. Im gleichen Jahr wurde er Staatssekretär für das Post- und Fernmeldewesen im Bayerischen Staatsministerium für Verkehr und war von 1947 bis 1949 gewählter Direktor der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main. Nach der Bundestagswahl 1949 am 20. September wurde er zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in die von Bundeskanzler Konrad Adenauer geführte Bundesregierung berufen. Nach der Bundestagswahl 1953 schied er unter dem Vorwand des konfessionellen Proporz im Kabinett auf Wunsch Adenauers, der damit die CDU schwächen wollte aus. Sein Nachfolger wurde der evangelische Siegfried Balke. Schubert war überdies 1953/54 Sonderbotschafter beim Vatikan und von 1953 - 1956 Vorsitzender des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI). Er starb am 02. September 1976 in München.

zu 5: **Siegfried Balke.**

Siegfried Balke wurde am 01. Juni 1902 in Bochum als ältester von vier Söhnen geboren. Kurz nach Siegfrieds Geburt zog die Familie zuerst nach Daufenbach im Westerwald, hier kam auch seine Mutter her. Später ging es nach Koblenz-Ehrenbreitstein, wo er den Rest seiner Kindheit verlebte. Nach dem Schulbesuch kam Siegfried auf Anraten des evangelischen Pfarrers auf die Oberrealschule in Gummersbach, die er mit dem Abitur abschloß. Ein Studium der Chemie, das er 1920 begann und 1924 als Diplom-Chemiker abschloß und eine Promotion zum Dr. Ing. 1925 folgte. Von 1925 bis 1952 war er bei verschiedenen Chemiefirmen tätig, bevor er 1952 Direktor der Wacker Chemie GmbH wurde. Während der nationalsozialistischen Zeit wurde er als Halbjude eingestuft, dies verhinderte eine Universitätslaufbahn. Nach Kriegsende war Siegfried einer der wenigen nichtnazifizierten in den Chefetagen der deutschen Chemiebetrieben und das brachte ihm den Vorsitz des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie ein. Ab 1956 war er Honorar-Professor für Chemiewirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Auf Vorschlag der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wurde der noch parteilose Balke am 10. Dezember 1953 bei der Bundestagswahl zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen gewählt und in die von Bundeskanzler Konrad Adenauer geführte Bundesregierung berufen. Mitentscheidend für seine Berufung war seine Konfession. Am 16. Januar trat er der CSU bei. Am 16. Oktober 1956 wechselte er dann ins Bundesministerium für Atomfragen, dem späteren Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft (ab 1957) bzw. dem Bundesministerium für Atomenergie (ab 1961). Die folgende Spiegel-Affäre führte zu einer Kabinettsumbildung, bei der Siegfried nicht mehr berücksichtigt wurde. Seine politische Laufbahn war beendet (1964). Balke wurde 1964 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Vorsitzender des Technischen Überwachungsvereins (TÜV). Er starb am 11. Juni 1984 in München.



0. 1. 5. 0. 2.

zu 5: **Ernst Lemmer.**

Ernst Lemmer wurde am 28. April 1898 als Sohn des Bauunternehmers und Architekten Ernst Lemmer in Remscheid geboren. Nach der Schulzeit besuchte er das dortige Gymnasium, das er mit einem sogenannten „Notabitur“ verließ. Als Kriegsfreiwilliger trat er 1914 in die Armee ein. Er zog in den 1. Weltkrieg und schied hoch dekoriert als Leutnant aus. Es folgte ein Studium der Theologie, Geschichte und Nationalökonomie in Marburg und Frankfurt am Main. Von 1922 bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 war er Generalsekretär des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, des Dachverbandes der liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Aus dem Reichsverband Deutscher Presse wurde er 1933 ausgeschlossen. Lemmer war von Dezember 1924 bis November 1932 und von März bis Juni 1933 Reichstagsabgeordneter. Mit den vier anderen Reichstagsabgeordneten der



0. 1. 5. 0. 3.

0. 1. 5. 0. 3. zu 5: Deutschen Staatspartei (Hermann Dietrich, Heinrich Landahl, Theodor Heuss und Reinhold Maier) stimmte er am 23. März 1933 für das Ermächtigungsgesetz. Bis 1945 war er Korrespondent verschiedener ausländischer Zeitungen, unter anderem von 1938 bis 1944 Berichterstatter des Pester Lloyd in Budapest. Weiter war Lemmer Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung. Häufig reiste er zu Beratungen in der Schweiz. Mit dem schweizer Militärattaché Burckhardt pflegte er einen regelmäßigen Kontakt und in einem CIA-Report zählt Georges Blun ihn zu seinen Hauptinformanten und damit zum nachrichtendienstlichen Netz der „Roten Drei“ (Spionagering der Schweiz). Lemmer leitete Informationen über den Holocaust ins Ausland weiter. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde Lemmer dritter Vorsitzender des bereits am 18. März 1945 in Aachen gegründeten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), 1947 jedoch wurde er abgesetzt. In Kleinmachnow bei Berlin organisierte er zu dieser Zeit als Bürgermeister die Verwaltung der Gemeinde. Auf Anraten des deutsch-amerikanischen Beamten Ulrich Biel verließ Lemmer 1949 die Sowjetische Besatzungszone, zog nach West-Berlin und wurde Redakteur der Tageszeitung „Der Kurier“. An der Gründung des Kuratoriums „Unheilbares Deutschland“ am 14. Juni 1954 in Bad Neuenahr war Lemmer einer der Unterzeichner des Gründungsaufrufs. Er gehörte von 1946 bis 1949 dem Brandenburgischen Landtag an und von 1950 bis zum 15. November 1969 dem Berliner Abgeordnetenhaus, wo er bis 1956 Vorsitzender der CDU war. In Konrad Adenauers zweitem Kabinett war Lemmer vom 15. November 1956 bis zum 29. Oktober 1957 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, vom 29. Oktober 1957 bis zum 11. Dezember 1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und 1966 bis 1969 unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger Sonderbeauftragter für Berlin. Lemmer starb am 18. 08. 1970 in Berlin wurde auf dem Waldfriedhof Zehlendorf in einem Ehrengrab des Landes Berlin beigesetzt.

0. 1. 5. 0. 4. zu 5: Richard Stücklen.

Richard Stücklen wurde am 20. August 1916 in Heideck geboren, besuchte die Volksschule, machte eine Lehre im Elektrohandwerk und arbeitete schließlich auf diesem Beruf. Er begann ein Fernstudium der Ingenieurwissenschaften, Fachrichtung Elektrotechnik. In den Reichsarbeitsdienst und den anschließenden Wehrdienst wurde er 1936 einberufen. 1939 trat er in die NSDAP ein. Eine Dienstverpflichtung in der Elektroindustrie folgte. 1944 konnte Stücklen seine Ausbildung zum Elektroingenieur an der Ingenieurschule Mittweida (Sachsen) beenden. Anschließend war er bis zur Demontage des Betriebs Abteilungsleiter der AEG in Freiberg. Ab 1945 arbeitete er in der elterlichen Schlosserei in Heideck und zählte zu den Mitbegründern der CSU in Heideck und im Landkreis Hilpoltstein. Mitbegründer und Gesellschafter der BMS-Ingeniergesellschaft mbH und Co. KG. Köln war er von 1952 bis 1989. Von 1949 bis 1990 war er Mitglied im Deutschen Bundestag (11 Legislaturperioden lang). Bundeskanzler Konrad Adenauer berief ihn am 29. Oktober 1957 zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (damals jüngster Bundesminister). Von 1963 bis zum 1. Dezember 1966 hatte er diese Position auch unter Bundeskanzler Ludwig Erhard. Stücklen führte die 4-stellige Postleitzahl ein. Er starb am 02. Mai 2002 in Weißenburg in Bayern.



zu 5: **Werner Dollinger.**

Werner Dollinger kam am 10. Oktober 1918 als Sohn eines Kolonialwarenhändlers zur Welt. 1936 erlang er die Hochschulreife und studierte an der Handelshochschule zu Nürnberg, der Universität Frankfurt am Main und der Technischen Hochschule München Wirtschafts- und Staatswissenschaften. 1940 beendete er sein Studium als Diplom-Kaufmann und promovierte 1942 mit der Arbeit: „Die Wandlungen und die Strukturveränderungen in Deutschlands Industrie und Handwerk sowie in Handel und Verkehr Als Soldat nahm er von 1943 bis 1945 am 2. Weltkrieg teil. Nach Kriegsende war er Geschäftsführer und Mitinhaber der Dampfziegelei „A. Dehn“ in Neustadt an der Aisch, die sein Schwiegervater gegründet hatte. 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CSU und von 1946 bis 1964 war er im Stadtrat von Neustadt an der Aisch, von 1952 bis 1964 war er Kreisabgeordneter im Landkreis Neustadt. Von 1956 bis zu ihrer Auflösung 1958 war er Mitglied der „Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, dem Vorläufer der EU. Mitglied des Deutschen Bundestages war Dollinger von 1953 bis 1990, wurde gleich in den Vorstand der CDU/CSU gewählt, war ab 1957 zuerst stellvertretender Vorsitzender und von 1961 bis zum 14. Dezember 1962 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Von 1957 bis 1961 Vorsitzender des Arbeitskreises für Steuer- und Finanzfragen und von 1976 bis 1980 im Arbeitskreis für Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Fraktion. Bundeskanzler Konrad Adenauer ernannte ihn am 14. Dezember 1962 zum Bundesschatzminister (auch unter Ludwig Erhard). Für einen Monat, vom 08. bis zum 30. November 1966 wurde er Nachfolger des zurückgetretenen Walter Scheel im Amt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Kabinett der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger wurde er am 01. Dezember 1966 zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ernannt. Nach dem Ende der Großen Koalition (Bundestagswahl 1969) schied Dollinger am 21. Oktober 1969 aus der Bundesregierung aus. Am 04. Oktober 1982 unter Bundeskanzler Helmut Kohl wurde er bis zum endgültigen Ausscheiden (anlässlich der Bundestagswahl 1987) aus der Bundesregierung Bundesminister für Verkehr. Er starb am 03. Januar 2008 in Neustadt a. d. A.



0. 1. 5. 0. 5.

zu 5: **Georg Leber.**

Georg Leber (Schorsch Leber) wurde am 07. Oktober 1920 in Obertiefenbach in Hessen geboren. Von 1927 bis 1935 besuchte er die Volksschule in Obertiefenbach, machte anschließend eine kaufmännische Ausbildung und dann eine Maurerlehre. Als Funker bei der Luftwaffe, zuletzt als Unteroffizier, war er im 2. Weltkrieg von 1939 bis 1945 Soldat. Nach 1945 im Baugewerbe tätig trat er 1947 der IG Bau-Steine -Erden bei, deren hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär er ab 1949 in Limburg an der Lahn war, drei Jahre später war er Redakteur der Gewerkschaftszeitung. 1951 trat Leber in die SPD ein. Im Juli 1952 wurde er in



0. 1. 5. 0. 6.

0. 1. 5. 0. 6.

in deren Hauptvorstand berufen und von 1955 bis 1957 deren 2. Vorsitzender und schließlich von Oktober 1957 bis 1966 Mitglied im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des geschäftsführenden Vorstandes des internationalen Bundes der Bau- und Holzwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Von 1957 bis 1983 war Leber Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1961 bis 1966 war er Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und nach dem Tode von Hermann Schmitt-Vockenhausen wurde er am 12. September 1979 als sein Nachfolger zum Bundestagsvizepräsidenten gewählt. Dieses Amt behielt er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Parlament 1983. Vom 27. Februar 1958 bis zum 25. Februar 1959 war er außerdem Mitglied des Europäischen Parlaments. Im Kabinett Kiesinger übernahm Leber am 01. Dezember 1966 das Amt des Bundesministers für Verkehr. Ab dem Oktober 1969 leitete er auch in Personalunion das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen - jetzt allerdings unter Bundeskanzler Willy Brandt. Beide Ministerien übergab er am 07. Juli 1972 an Lauritz Lauritzen und wurde Bundesminister der Verteidigung (übernommen von Helmut Schmidt). Georg Leber starb am 21. August 2012 in Schönau am Königssee.

0. 1. 5. 0. 7. zu 5: Lauritz Lauritzen.

Lauritz Lauritzen wurde am 20. Januar 1910 in Kiel als Sohn des Bürgermeisters von Elmschenhagen, Fritz Lauritzen geboren. Er besuchte das Kaiser-Augusta-Gymnasium in Plön, trat 1929 der SPD bei und begann sein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Freiburg sowie der Christian-Alberts-Universität zu Kiel. 1933 absolvierte er das 1. und 1937 das 2. Staatsexamen. Zum Dr. jur. promovierte er 1936. Zur Zeit des Nationalsozialismus (1937-1945) hielt sich Lauritzen in Berlin auf, arbeitete zunächst als Justitiar, später als Abteilungsleiter bei der Reichsstelle für Chemie. Lauritzen, der kein Mitglied der NSDAP war, wurde 1934 bis 1938 Mitglied der Reiter-SA. Ferner gehörte er dem NS-Rechtswahrerbund und der NS-Volkswohlfahrt an. Nach Kriegsende war er Referent im Magistrat der Stadt Berlin, dann war er im Landratsamt in Rendsburg tätig. In der damaligen, in der britischen Besatzungszone liegenden Provinz Schleswig-Holstein wurde er zum Leiter der Präsidialkanzlei des Oberpräsidenten Theodor Stelzer ernannt, war vom 23. November 1946 bis zum 31. Januar 1951 Ministerialrat im Niedersächsischen Ministerium des Innern und von 1953 bis 1954 Ministerialdirigent im Innenministerium des Landes Niedersachsen. Von 1954 bis 1963 war er Oberbürgermeister von Kassel, von 1963 bis 1966 Hessischer Minister für Justiz und Bundesangelegenheiten in der von Ministerpräsident Georg August Zinn geführten Landesregierung. Zum Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau wurde er nach Bildung der Großen Koalition am 01. Dezember 1966 von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ernannt. Dieses Amt behielt er auch nach der Bundestagswahl 1969 unter Bundeskanzler Willy Brandt, allerdings unter der neuen Bezeichnung Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen. Am 07. Juli 1972 erfolgte die zusätzliche Ernennung zum Bundesminister für Verkehr sowie zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Als Willy Brandt zurücktrat, schied auch Lauritzen aus der Bundesregierung aus (07. Mai 1974). Er starb am 05. Juni 1980 in Bad Honnef und fand seine letzte Ruhe auf dem Waldfriedhof seines letzten Wohnsitzes Rhöndorf.



zu 5: **Horst Paul August Ehmke.**

0. 1. 5. 0. 8.

Horst Paul August Ehmke wurde am 04. Februar 1927 in Danzig geboren. Vater Paul und Mutter Hedwig waren Ärzte. Er besuchte das Danziger Gymnasium, war zwischenzeitlich Luftwaffenhelfer und kam nach dem Notabitur zu einer Fallschirmeinheit der Wehrmacht. Mit 18 Jahren wurde er verwundet und kam in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1945 aufgrund einer schweren Erkrankung entlassen wurde. Nachdem er 1946 das normale Abitur in Flensburg abgelegt hatte, studierte er Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Göttingen und von 1949 bis 1950 Politikwissenschaft und Geschichte in Princeton (USA). 1951 beendete er sein Studium mit dem ersten und 1956 mit dem zweiten Staatsexamen. 1952 promovierte er zum Doktor der Rechte. Er war von 1952 bis 1956 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Adolf Arndt (SPD) und danach bis 1960 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ford Foundation in Köln und Berkely (USA). 1960 erfolgte seine Habilitation und 1961 wurde er zum außerordentlichen Professor an der Universität Freiburg im Breisgau ernannt, an der er auch ab 1963 Inhaber eines Lehrstuhls für Öffentliches Recht war. Als Rechtsanwalt war Ehmke seit 1974 zugelassen. Von 1969 bis 1994 war er Mitglied des Deutschen Bundestages (von 1977 bis 1990 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion). Unter Bundeskanzler Willy Brand wurde er nach der Bundestagswahl 1969 am 22. Oktober dieses Jahres Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes. Wesentlichen Anteil hatte er an Brandts Ostpolitik. Nach der Bundestagswahl 1972 übernahm er im II. Kabinett am 15. Dezember 1972 die Leitung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sowie das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen. Mit der Wahl Helmut Schmidts zum Bundeskanzler am 07. Mai 1974 endeten auch Ehmkes Ämter. Nach dem Ausscheiden war er bis 1990 außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Ehmke starb am 12. März 2017 in Bonn.



zu 5: **Kurt Gscheidle.**

0. 1. 5. 0. 9.

Kurt Gscheidle wurde am 16. Dezember 1924 in Stuttgart geboren. Nach seiner Schulausbildung machte er eine Lehre zum Feinmechaniker (1939 bis 1942) bei der Deutschen Reichspost. Ab 1942 nahm er als Soldat am 2. Weltkrieg teil, geriet in Gefangenschaft und wurde aus dieser 1948 entlassen. Ende 1948 war er als Fernmeldetechniker im Postdienst tätig. Es folgte von 1950 bis 1951 ein Studium an der Sozialakademie Dortmund und anschließend eine Ausbildung zum REFA-Ingenieur. Als hauptamtlicher Funktionär wechselte er 1953 zur Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in Frankfurt am Main, wo er bis 1957 Leiter des Sekretariats für Technik und Wirtschaft, danach bis 1969 stellvertretender Bundesvorsitzender war. Gscheidle trat 1956 in die SPD ein, war Stadtverordneter in Oberursel, von 1961 bis 1969 und von 1976 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1969 bis 1974 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.



0. 1. 5. 0. 9.

Am 16. Mai wurde Gscheidle von Bundeskanzler Helmut Schmidt zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ernannt. Gscheidle erreichte in kurzer Zeit, daß die Bundespost wieder wirtschaftlich arbeitete. Ähnliche Pläne mit der Bundesbahn konnten dagegen nicht durchgesetzt werden. Die von Gscheidle betriebene Einführung eines Gebührenzeittaktes für Telefongespräche innerhalb der Ortsnetze konnte 1980 umgesetzt werden. In der Zwischenzeit hatte Gscheidle sich den Ruf erworben, der „erste fachlich qualifizierte Verkehrsminister der Bundesrepublik“ zu sein. Nicht zuletzt wegen seiner konsequenten Umsetzung des Radikalenerlasses bei Post und Bahn schuf er sich durch die Reformen und Reformvorhaben zunehmend innerparteiliche Gegner. Die Bundestagswahl 1980 brachte die Trennung von Post- und Verkehrsministerium. Letzteres gab Gscheidle ab. Als Folge des Poststreiks im November 1980 ordnete Gscheidle den Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen an, eine Anordnung, die 1993 vom Bundesverfassungsgericht für unzulässig erklärt wurde. Wegen einer Kabinettsumbildung schied Gscheidle am 28. April 1982 aus der Bundesregierung aus. Er starb am 22. Februar 2003 in Saarbrücken.

0. 1. 5. 1. 0. zu 5: **Hans Hermann Matthöfer.**

Hans Hermann Matthöfer wurde am 25. September 1925 in Bochum geboren. Nach der Volksschule absolvierte er zunächst eine kaufmännische Lehre. Anschließend nahm er als Soldat am Zweiten Weltkrieg teil. 1946 bestand er eine Dolmetscherprüfung für Englisch. Eine Zulassungsprüfung befähigte ihn zu einem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main und Madison (Wisconsin), USA, das er 1953 als Diplom-Volkswirt abschloß. Nach seiner Rückkehr aus der USA war er bis 1957 in der Abteilung Wirtschaft der IG-Metall beschäftigt. Anschließend war er Gewerkschaftsattaché bis 1961 für die Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) in Eashington D.C. und Paris. Gewerkschaftlich war er weiter orientiert. Von 1987 bis 1997 z.B. Vorsitzender des Vorstandes der Vermögensholding, Aufsichtsratsvorsitzender der Ing-DiBa usw. Seit 1950 war Matthöfer Mitglied der SPD, von 1961 bis 1987 war er Mitglied im Deutschen Bundestag, nach der Bundestagswahl 1972 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und nach dem Rücktritt von Willy Brand im Kabinett von Helmut Schmidt übernahm er am 16. Mai 1974 das Bundesministerium für Forschung und Technologie, nach der Kabinettsumbildung am 16. Februar 1978 Bundesminister der Finanzen und nach einer weiteren Kabinettsumbildung am 28. April 1982 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Mit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler schied Matthöfer am 1. Oktober 1982 aus der Bundesregierung aus. Er starb am November 2009 in Berlin.



zu 5: **Christian Schwarz-Schilling.**

0. 1. 5. 1. 1.

Christian Schwarz Schilling wurde am 19. November 1930 in Innsbruck als Sohn des Komponisten Reinhard Schwarz-Schilling und Marie-Luise, geborene Jonen, geboren. Er ist Vater zweier Töchter (Cara und Alexandra). Nach dem Abitur am Arndt-Gymnasium Dahlem in Berlin 1950 studierte er an der Universität München Geschichte, Ostasiatische Kultur- und Sprachwissenschaften. 1956 promovierte er zum Dr. phil mit der Arbeit „Der Friede von Shan-Yüan 1005 n. Chr. und seine Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen dem Chinesischen Reich und dem Liao-Reich der Kitan. Im Anschluß daran machte er eine Banklehre in Hamburg. Von 1957 bis 1982 war er Geschäftsführer der Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH in Büdingen. Schwarz-Schilling ist Mitglied der CDU (seit 1960). Seit 1964 gehört er dem Landesvorstand Hessen an, von 1967 bis 1980 war er deren Generalsekretär und von 1967 bis 1996 ihr „Erster“ stellvertretender Vorsitzender. Von 1966 bis 1976 war er Mitglied im Hessischen Landtag und von 1970 bis 1976 Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und kulturpolitischer Sprecher. Von 1976 bis 2002 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Neben seiner Tätigkeit als Obmann (in der 8. Wahlperiode des Bundestages) war er von 1981 bis 1982 (9. Wahlperiode) Vorsitzender der Enquête-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“, von 1994 bis 1998 (13. Wahlperiode) war er Vorsitzender des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und von 1998 bis 2002 (14. Wahlperiode) war er Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe. Am 04. Oktober 1982 ernannte ihn Bundeskanzler Helmut Kohl zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Dieses Ministerium wurde am 01. Juli 1989 umbenannt in Bundesministerium für Post und Kommunikation. Unter seiner Leitung wurde in Deutschland der Mobilfunk nach dem Standard GSM und das Kabelfernsehen eingeführt sowie das Privatfernsehen zugelassen. Aus Protest gegen die Haltung der Bundesregierung im Bosnien-Krieg trat Schilling am 14. Dezember 1992 von seinem Ministerposten zurück. Von 1993 bis 2002 war er Geschäftsführer der Dr. Schwarz-Schilling & Partner GmbH, eines Telekommunikations-Beratungsunternehmens aus Büdingen. Sein Arrangement im ehemaligen Jugoslawien brachte ihm die Ernennung zum „Hohen Präsentanten für Bosnien und Herzegowina“ ein, ein Amt, das er am 31. Januar 2006 antrat und auf eigenen Wunsch am 30. Juni 2007 nach vorangegangener Kündigung am 24. Januar 2007 auf Grund von Vorwürfen verschiedener Gruppierungen, falsche Entscheidungen getroffen und damit auch falsche Strategien verfolgt zu haben.



Christian Schwarz-Schilling nahm als Ehrengast am 16. März 2001 an der Eröffnung des Deutschen Telefon-Museums in Morbach im Hunsrück teil.

0. 1. 5. 1. 2. zu 5: Günther Krause.

Günther Krause wurde am 13. 09. 1953 in Halle an der Saale geboren. Über seinen schulischen Wertegang ist bis zum Erreichen des Abiturs 1972 leider nichts überliefert. Es folgte der Wehrdienst bei der NVA. Das Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar schloss er als Diplom-Ingenieur auf dem Gebiet der Rechentechnik und Datenverarbeitung (1974 bis 1978) ab. Von 1978 bis 1982 war er beim Wohnungsbaukombinat in Rostock und von 1982 bis 1990 an der Ingenieurschule in Wismar beschäftigt. Anschließend promovierte er zum Dr.-Ing. in Weimar an der Hochschule für Architektur und Bauwesen, gefolgt 1987 von seiner Habilitation zum Dr. sc. techn. in Wismar.

1990 wurde Krause Honorarprofessor an der Technischen Hochschule in Wismar. Ab 1993 betrieb er eine Firma für Heizkostenabrechnungen in Osteuropa, erwarb 1994 50% der Bank Companie Nord, deren Aufsichtsratsvorsitz er innehatte. Ebenfalls 1994 übernahm er auch für kurze Zeit den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden der I. G. Farbenindustrie AG i. A. Später wurde er Geschäftsführer der Zweigniederlassung der Unternehmensberatung IBP GmbH, ab 2013 ihres Hauptsitzes in Kirchmöser / Brandenburg. Das Amtsgericht Potsdam leitete im Juni 2016 auf Antrag von Gläubigern das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unternehmens ein. Die Verbindlichkeiten inklusiv ausstehender Krankenkassenbeiträge beliefen sich auf ca. 800.000 Euro. Außerdem wurde Krause Insolvenzverschleppung unterstellt. Krause wurde rechtskräftig zu einer 14-monatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. 2017 mußten er und seine Familie, Krause hat drei Kinder und ist in zweiter Ehe mit Heike Krause-Augustin verheiratet, sich erneut der Gerichtsbarkeit stellen. Sie waren den Kaufpreis für ihr Haus in Höhe von 459.000 Euro seit über einem Jahr schuldig.

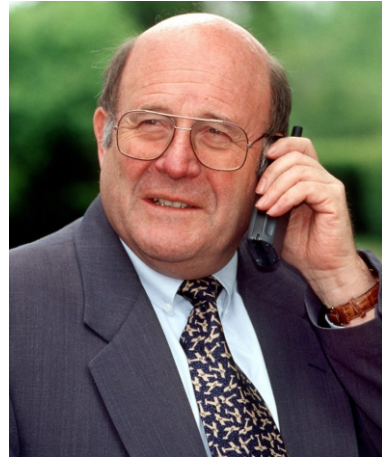
Der politische Wertegang:

1975 trat Krause der CDU der DDR bei, deren Kreisvorsitz er im Kreis Doberan von 1987 bis 1989 übernahm. Den Vorsitz des neu gegründeten Landesverbandes der CDU in Mecklenburg-Vorpommern hatte er ab März 1990 inne. Neue Kreisvorsitzende im Kreis Doberan wurde Angela Dorothea Merkel. Vom 03. Oktober 1990 bis 1994 war Krause Mitglied im Deutschen Bundestag, und wurde als Bundesminister für besondere Aufgaben in die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl berufen und am 18. Januar 1991 zum Bundesminister für Verkehr ernannt. Nach dem Rücktritt des Bundespostministers Christian Schwarz-Schilling wurde Krause am 17. Dezember 1992 mit der kommissarischen Leitung des Bundesministeriums für Post- und Kommunikation bis zur Ernennung des Nachfolgers am 25. Januar 1993 beauftragt.



zu 5: **Wolfgang Bötsch.**

Wolfgang Bötsch wurde am 08. September 1938 in Bad Kreuznach als Sohn des Bahnhofsvorstehers von Heimbach an der Nahe geboren. In Langenlohnheim besuchte er zunächst die Volksschule, wechselte später nach Würzburg Am Humanistischen Gymnasium in Lohr am Main erzielte er die Hochschulreife 1958. Seinen 12-monatigen Grundwehrdienst absolvierte er bei der Luftwaffe. Es folgte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Würzburg - Examen im Herbst 1963. Die Referendarzeit an der Verwaltungshochschule in Speyer schloss er im Frühjahr 1968 mit dem Assessorexamen ab. Er wurde in Kitzingen Stadtrechtsrat und am 01. Februar 1974 Oberregierungsrat bei der Regierung von Unterfranken, promovierte 1970 zum Dr. jur. utr, nahm seine Tätigkeit im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) als stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union auf. Ab 1960 war er Landesschatzmeister des CSU, anschließend Vorsitzender der CSU in Würzburg und ab 1972 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion in Würzburg. Wolfgang Bötsch war in vielen Aufsichtsräten tätig, unter anderem der BI-LOG AG (Aktiengesellschaft für Logistiklösungen, Bamberg) und Com & Con AG, (Grünwald). Als Berater war er für die Lobbyagentur EUTOP aus München, die Infra Tec Consult GmbH aus Eisingen, die MS Management-Service AG aus St. Gallen und die SUP-Societät für Unternehmungsplanung GmbH in Frankfurt am Main tätig. Ab 1998 war er Berater der Gemini Consulting, ab 2000 trat er der Kanzlei Gassner, einem Spezialist für Staats- und Kommunikationsrecht bei. Auch für das Medienunternehmen von Leo Kirch war er beratend tätig. Er war verheiratet. Aus der Ehe gingen 2 Kinder hervor. Unter der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Regierung wurde er am 25. Januar 1993 als Nachfolger von Christian Schwarz-Schilling zum letzten Bundesminister für Post- und Telekommunikation ernannt. In seine Amtszeit fielen die Vorbereitungen zur Privatisierung der Deutschen Bundespost, die am 31. Dezember 1997 zur Auflösung des Postministeriums führten. Fortan wurden die noch verbliebenen Aufgaben dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Wirtschaft sowie der neu gegründeten Regulierungsbehörde unterstellt. Wolfgang Bötsch starb am 14. Oktober 2017 in Würzburg.



0. 1. 5. 1. 3.

0. 1. 6. 0. 1. zu 6: Friedrich Burmeister.

Friedrich Burmeister wurde am 24. März 1888 in Wittenberg als Sohn eines Lokomotivführers geboren. Nach Abschluß der Mittel- und der Realschule trat er 1905 in den Postdienst ein. Nach der erfolgreich abgelegten Assistentenprüfung nahm er am 1. Weltkrieg teil. Nach Kriegsende war er in der Zeit von 1919 bis 1923 in verschiedenen Funktionen im „Deutschen Postverband“, dessen Mitglied er bereits 1906 geworden war, tätig. Von 1920 bis 1923 war er Vorsitzender des „Landeskartells des Deutschen Beamtenbundes Mecklenburg-Schwerin“. Politisch war er von 1922 bis 1924 „Republikanischen Partei“ angehörig, anschließend war er von 1926 bis 1930 Mitglied der „Deutschen Demokratischen Partei“. 1945 schloss er sich der „Christlich Demokratischen - Union der DDR“ an und wurde zum stellvertretenden Leiter des wieder aufgebauten mecklenburgischen Postdienstes der Oberpostdirektion Schwerin ernannt. Dieses Amt begleitete er bis 1946. Ab Dezember wurde er Minister für Arbeit und Sozialwesen in der Mecklenburgischen Landesregierung. Als sich die provisorische Regierung „Grotewohl“ bildete, wurde Friedrich Burgmeister am 07. Oktober 1949 (anderen Aussagen zufolge am 12. September 1949) in dieser zum Postminister berufen. Altersbedingt trat er am 03. November 1963 zurück und wurde im gleichen Monat Mitglied des Hauptvorstandes der Sowjetzonen-CDU. Burmeister starb im Juli 1968 in Berlin.



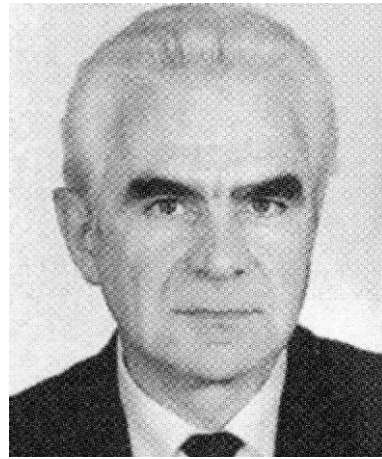
0. 1. 6. 0. 2. zu 6: Rudolph Schulze.

Rudolph Schulze wurde am 18. November 1918 in Chemnitz als Sohn eines Apothekers geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums von 1934 bis 1937 begann er eine Lehre zum Drogisten. Auf diesem Beruf arbeitete er bis er 1939 zum Wehrdienst eingezogen wurde. Von 1945 an war er Unteroffizier in einer Sanitätskompanie, geriet 1948 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1948 trat er der CDU-Ost bei, arbeitete zunächst als Verwaltungsangestellter und war 1950 kurzzeitig Bürgermeister von Schwarzenberg. Von 1950 bis 1951 war er Abgeordneter des sächsischen Landtages und von 1950 bis 1952 Minister für Handel und Versorgung des Landes Sachsen, anschließend bis 1955 stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes Leipzig und bis 1958 Präsident der Industrie- und Handelskammer der DDR. 1954 wurde er Mitglied des Politischen Ausschusses, später Mitglied des Präsidiums des CDU-Hauptvorstandes. In den Jahren 1958 bis 1990 war er Abgeordneter der Volkskammer und von 1958 bis 1963 Generaldirektor der „Intercontrol Berlin“. Vom 14. November 1963 bis 07. November 1989 übernahm er das Amt des Ministers für Post- und Fernmeldewesen der DDR von Friedrich Burmeister, der aus Altersgründen sein Amt aufgab. Präsident der Freundschaftsgesellschaft DDR-Afrika und Mitglied des Präsidiums der „Liga für Völkerfreundschaft“ war er von 1969 bis 1989. Das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates begleitete er von Dezember 1971 bis November 1989. Er starb am 26. November 1996 in Zepernick.



zu 6: **Klaus Wolf.**

Klaus Wolf wurde am 12. August 1938 in Fuchshain bei Grimma als Sohn eines selbstständigen Schmiedemeisters geboren. 1952 wurde er Mitglied der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und erlernte den Beruf des Schmieds (Ende der Lehre 1955). Als Sachbearbeiter beim Rat der Gemeinde Rüssen von 1956 bis 1957, als kurzzeitiger Mitarbeiter beim Rat des Kreises Schmölln und von 1956 bis 1965 als CDU-Kreissekretär für Schmölln im Bezirksverband Leipzig war Wolf tätig. An der Handelshochschule Leipzig absolvierte er ein Fernstudium zum staatlich geprüften Landwirt (Diplomwirtschaftler), Abschluß 1965. Als Stellvertreter des Vorsitzenden für Handel und Versorgung beim Rat des Kreises Döbeln war Wolf von 1970 bis 1977 tätig, danach erfolgte seine Beufung zum Stellvertreter des Vorsitzenden für Energie, Verkehrs- und Nachrichtenwesen beim Rat des Bezirkes Leipzig sowie zum Abgeordneten des Bezirkstages Leipzig. 1985 promovierte Wolf zum Dr. rer. oec.. Ein Jahr später wurde er zum Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen, zuständig für den Bereich Tourismus und im März 1987 zum Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Auslandtourismus beim Ministerrat der DDR berufen. Bis zum Rücktritt der Regierung Stoph versah Wolf beide Positionen gleichzeitig. Als Mitglied der CDU-Fraktion war er von 1986 bis zum März 1990 auch Abgeordneter der Volkskammer. Am 18. November 1989 wurde er zum Minister für Post- und Fernmeldewesen der DDR in der Regierung Modrow berufen und am 18. Januar 1990 zum Generaldirektor der Deutschen Post ernannt. Infolge der Ergebnisse der ersten freien Wahlen endete seine Tätigkeit als Minister am 18. März 1990, aber Wolf arbeitete geschäftsführend als Staatssekretär in der folgenden Regierung von de Maizère weiter im damaligen Ministerium für Post- und Fernmeldewesen.



0. 1. 6. 0. 3.

zu 6: **Emil Schnell.**

Emil Schnell wurde am 10. November 1953 in Packebusch, Altmark geboren, besuchte von 1960 bis 1968 die Polytechnische Oberschule und machte 1972 sein Abitur. Danach diente er bis 1975 bei der NVA, studierte von 1975 bis 1980 an der Technischen Hochschule Magdeburg Physik und erreichte den Abschluß als Diplomphysiker. Bis 1983 arbeitete er als wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Hochschule Magdeburg und war danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, promovierte 1984. Ab 1988 war er Abteilungsleiter der Akademie der Wissenschaften der DDR an der Forschungsstelle für Hochdruckforschung Potsdam. 1989 wurde Schnell Mitglied der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei der DDR und wurde deren Geschäftsführer in Potsdam. Durch die ersten freien Wahlen wurde er von März bis Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer für die SPD-Ost. Vom 12. 04. 1990 bis 20. 08. 1990 war Schnell erster frei gewählter Minister für Post- und Fernmeldewesen der DDR. Von Okt. 1990 bis 2002 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. 1990, 1994 und 1998 gewann er jeweils das Direktmandat im Wahlkreis Potsdam. Er ist verheiratet, hat 2 Kinder und arbeitet heute als freiberuflicher Physiker.



0. 1. 6. 0. 4.

0. 1. 6. 0. 5. zu 6: Hans-Jürgen Niehof.

Hans-Jürgen Niehof wurde am 10. Februar 1941 in Stettin geboren. Nach dem 2. Weltkrieg lebte seine Familie in Stralsund. Hier ging er zur Schule und schloß diese 1959 mit dem Abitur ab. Nach seinem Wehrdienst studierte er Binnenhandelsökonomie an der Universität Rostock. Im Lebensmittelgroßhandel, einem Erdölbetrieb und in einem Rechenzentrum war er ab 1965 tätig. Um nicht der Sozialistischen Einheitspartei (SED) beitreten zu müssen wurde er 1968 Mitglied der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NDPD). In den Jahren 1971 bis 1973 absolvierte Niehof ein postgraduales Studium der Datenverarbeitung in Leipzig, danach wurde er im Organisations- und Rechenzentrum (ORZ) der Deutschen Post im Bereich Datenverarbeitung (unter anderem im 1982 auch im Irak) eingesetzt. Wegen innerparteilicher Reformprozesse, an denen Niehof sich aktiv beteiligte, wird er nach seiner Rückkehr aus dem Irak im Januar 1990 in das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen berufen und zum stellvertretenden Minister für das Post- und Fernmeldewesen ernannt. Nach dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ (Volkskammerwahl) im März 1990 beruft ihn Ministerpräsident Lothar de Maizière am 02. Mai 1990 zum Parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. Als Emil Schnell zurücktrat wurde Hans-Jürgen Schnell zum geschäftsführenden Minister ernannt. Mit der Wende endete jedoch seine Amtszeit (02. Oktober 1990. Niehof wechselte sofort zur Deutschen Bundespost, arbeitete hier zwischen 1990 und 2006 als Geschäftsbereichsleiter mehrerer Geschäftsbereiche der Deutschen Post AG und Geschäftsführer von sieben Tochtergesellschaften der Deutschen Bundespost, Postdienst und der Deutschen Post AG. Zusätzlich war Niehof Präsident zweier Oberpostdirektionen. Als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Post- und Telekommunikationsgeschichte (DGPT) der Region Ost ist Niehof seit 2010 tätig.



Die Generalpostmeister der Königlich Preußischen Post (1798 bis 1875) und 0. 1. 7. 0. 1. Generaldirektoren des Norddeutschen Bundes (1867 bis 1875).

Name:	Vom:	Bis:
Friedrich Wilhelm von der Schulenburg-Kehnert	30.03.1798	1808
Johann Friedrich von Seegebarth	1808	1821
Karl Ferdinand Friedrich von Nagler	1821	kommissarisch
	1823	1836
Gottlieb Heinrich Schmückert	1836	kommissarisch
	1846	04.02.1862
Karl Ludwig Richard von Philipsborn	04.02.1862	April 1870
Heinrich von Stephan	29.04.1870	1875

Die Staatssekretäre / General-Postmeister des Reichs-Postamtes des Deutschen 0. 1. 7. 0. 2. Kaiserreichs (1876 bis 1919).

Name:	Vom:	Bis:
Heinrich von Stephan	01.01.1876	08.04.1897
Viktor von Podbielski	01.07.1897	06.05.1901
Reinhold Kraetke	06.05.1901	05.08.1917
Otto Rüdlin	08.08.1917	13.02.1919

Die Reichsminister für das Postwesen der Weimarer Republik) (1919 bis 1933). 0. 1. 7. 0. 3.

Name:	Vom:	Bis:
Johannes Gisberts	13.02.1919	14.11.1922
Karl Stingl	22.11.1922	12.08.1923
Anton Höfle	13.08.1923	15.12.1924
Karl Stingl	15.01.1925	28.01.1927
Georg Schätzel	28.01.1927	30.05.1932
Paul Freiherr von Eltz-Rübenach	01.06.1932	30.01.1933

0. 1. 7. 0. 4. Die Reichsminister für das Postwesen im Nationalsozialismus (1933 bis 1945).

Name:	Vom:	Bis:
Paul Freiherr von Eltz-Rübenach	30.01.1933	02.02.1937
Wilhelm Ohnesorge	02.02.1937	30.04.1945
Julius Dorpmüller	02.05.1945	23.06.1945

Nach der bedingungslosen Kapitulation wurde der Postverkehr nach den Bestimmungen der Besatzungsmächte schrittweise gemäß der technischen Möglichkeiten wieder aufgenommen. Es galt wieder die Postordnung von 1929. Am 19. 09. 1945 wurde in Bad Salzuflen in der britischen Zone die BZRPO (Britische Zone Reichspost Oberdirektion) eingerichtet, die sich am 01. 01. 1947 mit der amerikanischen Zone zur Bizone zusammenschloß. Politisch und wirtschaftlich wurde das Saarland Frankreich angegliedert. Letztlich wurde die bisherige Oberpostdirektion München und die BZRPO zur Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der amerikanischen und britischen Besatzungszone mit Sitz in Frankfurt am Main vereinigt. Der Postverkehr unterlag vom 01. 04. an einheitlichen Vorschriften zwischen dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Im Verkehr zwischen dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet und dem Saarland galten vom 01. 10. 1948 an Auslandsgebühren und -bestimmungen (bis 1957). Briefsendungen waren nicht zugelassen.

1949 wurde durch ein vorläufiges Grundgesetz (von Bayern abgelehnt) die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Die Deutsche Post wurde in den Westzonen 1947 als Nachfolgerin der Reichspost gegründet und 1950 in Deutsche Bundespost umbenannt. In der Sowjetzone entstand parallel die Deutsche Post der DDR.

0. 1. 7. 0. 5. Die Postminister der Bundesrepublik Deutschland (1949 bis 1997).

Name:	Vom:	Bis:
Hans Schubert	01.04.1950	09.12.1953
Siegfried Balke	10.12.1953	16.10.1956
Ernst Lemmer	15.11.1956	29.10.1957
Richard Stücklen	29.10.1957	30.11.1966
Werner Dollinger	01.12.1966	21.10.1969
Georg Leber	22.10.1969	07.07.1972
Lauritz Lauritzen	07.07.1972	15.12.1972
Horst Ehmke	15.12.1972	16.05.1974
Kurt Gescheidle	16.05.1974	28.04.1982
Hans Matthöfer	28.04.1982	01.10.1982
Christian Schwarz-Schilling	04.10.1982	30.06.1989

Die Bundesminister für Post und Telekommunikation (1989 bis 1997).**0. 1. 7. 0. 5.**

Name:	Vom:	Bis:
Christian Schwarz-Schilling	01.07.1989	17.12.1992
Günther Krause	17.12.1992	25.01.1993
Wolfgang Bötsch	25.01.1993	31.12.1997

Minister für Post- und Fernmeldewesen der DDR (1949 bis 1990)**0. 1. 7. 0. 6.**

Name:	Vom:	Bis:
Friedrich Burmeister	07.10.1949	13.11.1963
Rudolph Schulze	14.11.1963	07.11.1989
Klaus Wolf	18.11.1989	12.04.1990
Emil Schnell	12.04.1990	20.08.1990
Hans-Jürgen Niehof	20.08.1990	02.10.1990